

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1930**

4.6.1930 (No. 152)

# Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt. Mk. 2.50 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsplatz. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

**Hauptorgan der badischen Zentrumspartei**

Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung  
Zusatzblätter: *Wissen, Frauenratgeber, Blätter für den Familienkreis, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Baden, Reichsbildung, Illustrierte Baden, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21, Karlsruhe, Geschäftsstelle 6233, Redaktion 6236, Verlag 6237. Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto, Karlsruhe 4844*

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 8 Pfg. bis 3 gesp. 87 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsweiser Eintreibung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Nr. 152 (12 Seiten)

Karlsruhe, Mittwoch, den 4. Juni 1930

68. Jahrgang

## Greift der Reichspräsident ein?

Die Reichsregierung berät über die finanzpolitischen Fragen

Dr. Sch. Berlin, 3. Juni. (Eig. Drahtber.)

Das Kabinett ist heute zusammengetreten, um die finanzpolitischen Beratungen fortzusetzen. Die Kabinettsitzung, die der Reichskanzler leitete, der von einer leichten Krankheit wieder hergestellt ist, wird sich bis in die späte Nacht hineinziehen. Angesichts der schwierigen Probleme ist es fraglich, ob nicht auch die nächsten Tage mit Beratungen des Kabinetts über die Beseitigung des Defizits und die Ausgabenreduzierung ausgefüllt sein werden. Im Hinblick auf die großen Aufgaben, über die das Kabinett Beschlüsse zu fassen hat, war zunächst geplant, einen Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg abzuhalten. Von diesem Plan ist man jedoch wieder abgekommen. Der Reichskanzler hatte gestern mittag eine eingehende Besprechung mit dem Reichspräsidenten und ebenso wird der Reichspräsident über alle Stadien der finanzpolitischen Beratungen des Kabinetts auf dem laufenden gehalten werden. In diesem Zusammenhang wird behauptet, Reichspräsident von Hindenburg wolle sich mit einer Proklamation an das deutsche Volk wenden, in der er sich für eine allgemeine Senkung des Lohn- und Preisstandards einsetzen werde.

Die Frage der Sanierung der Arbeitslosenversicherung, über die das Kabinett Beschlüsse zu fassen hat, ist dadurch noch besonders stark in den Vordergrund getreten, daß sich heute Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Vertreter der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die telegraphisch nach Berlin einberufen worden sind, mit diesem Thema beschäftigt haben und mit der Reichsregierung darüber in Fühlung getreten sind. Es ist bekannt, daß die Sanierungsmaßnahmen, die der Vorstand der Reichsanstalt beschlossen hat, nicht in allen Teilen die Zustimmung der Industrie gefunden haben, insbesondere bestehen aber in industriellen Kreisen Bedenken gegen verschiedene Notopferpläne, vor allem gegen ein Notopfer, das die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen betreffen würde. Die Industrie befürchtet von einem solchen Notopfer nicht nur eine weitere Schwächung des Inlandsmarktes, sondern auch Gehaltserhöhungen. Unter diesen Umständen kommt der Tagung der Arbeitgeber, die morgen ihre Fortsetzung finden soll, eine außerordentlich große Bedeutung zu, was noch daraus hervorgeht, daß sich an den Beratungen außer den Vertretern der Industrie auch namhafte Persönlichkeiten des Groß- und Einzelhandels, der Bankwelt und aller wichtigen Wirtschaftsgruppen beteiligen.

## Im Kampf um die Vereinfachung der Reichsverwaltung

Von Dr. Heinz Köhler.

In den Ländern bestehen neben den Landesbauverwaltungen überall auch noch besondere Bauämter des Reiches, die in der Hauptsache aus den früheren Militärbaupostämtern und Militärintendanturen hervorgegangen sind. Um dieses unnötige und kostspielige Nebeneinander zu beseitigen, hat der Verfasser dieser Zeilen schon vor Jahren angeregt, das Reich solle seine Bauämter aufheben und die Bauaufgaben der Reichsverwaltung durch die in den Ländern bereits vorhandenen Landesbauverwaltungen ausführen lassen. Diese Maßnahme würde zu einer wesentlichen Kostenersparnis, auf der anderen Seite allerdings auch zu einem Abbau der überflüssig werdenden Reichsbaubeamten führen. Die letztere Folge war für die Reichsbaubehörde allerdings Grund genug, sich mit Händen und Füßen gegen die Ueberführung meiner Vorschläge in die Praxis zu sperren. Als ich im Jahre 1927 zur Leitung des Reichsfinanzministeriums berufen wurde, war eine meiner ersten Aufgaben, die von mir bisher vergebens erstrebte Vereinfachung durchzuführen. Um möglichst schnell zum Ziele zu kommen und dabei doch den — m. E. nicht berechtigten — Bedenken der leitenden Beamten der Reichsbaubehörde in etwa Rechnung zu tragen, ordnete ich an, daß vom 1. Oktober 1927 ab zunächst einmal im Lande Baden ein Versuch gemacht, und die örtlichen Baugeschäfte der Reichsbaubehörde mit Zustimmung der bad. Regierung von den badischen Bezirksbauämtern besorgt werden sollten.

Die Ueberleitung der Geschäfte vollzog sich selbstverständlich nicht ganz reibungslos. Wie überall waren auch hier Kinderkrankheiten zu überwinden, und sie wurden auch überwunden. Darüber hinaus mußte aber bald der Eindruck entstehen, daß die Dienstführung der badischen Bezirksbauämter als Vollzugsorgane der Reichsbaubehörde in Baden von den Reichsbaubeamten sowohl in Berlin wie in Karlsruhe zum mindesten nicht besonders gefördert wurden. Bei den Beratungen des Reichshaushalts in den Jahren 1928 und 1929 fragte ich regelmäßig nach dem Stand der Sache. Und regelmäßig erhielt ich die Antwort, daß der Versuch noch nicht abgeschlossen sei. Ich schwiege und wartete ab.

Dieses Jahr nun glaubte „man“ zum Schluß auszuholen zu können. Schon im Reichsrat erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, die Sache müsse als mißglückt angesehen werden. Und als bei der Beratung des Etats der Reichsfinanzverwaltung im Hauptausschuß des Reichstags der Berichterstatter den Reichsfinanzminister fragte, wie sich der Versuch in Baden bewährt habe, gab der anwesende Vertreter der Reichsbaubehörde dem Minister eine — natürlich von ihm selbst gefertigte — Niederschrift, aus deren Verlesung durch den Minister zu entnehmen war, daß der Versuch in Baden als nicht geclüht bezeichnet werden müsse. Es seien Ueberschreitungen der Befugnisse, eigenmächtige Abweichungen von Entwürfen, Ueberschreitungen der Mittel und Verzögerungen des Baubeginns festgestellt worden, die in manchen Fällen sogar zu erhöhten Ausgaben geführt hätten.

Sofort erhob ich mich und protestierte gegen diese Darstellung, die ein durchaus einseitiges Bild der wirklichen Verhältnisse gebe. Dem Herrn Minister könne in keiner Weise ein Vorwurf gemacht werden, wenn er bei der Fülle seiner sonstigen Arbeiten noch keine Möglichkeit gehabt habe, sich mit dieser Materie besonders zu befassen, um sich ein eigenes Urteil zu bilden. Die ganze Schwere meines Protestes mußte aber die Bürokratie treffen, die den Mut besitze, den Minister so einseitig und damit unrichtig zu informieren. Seit Jahren gehe nun der Kampf um die Vereinfachung der Reichsverwaltung des Reiches, um eine Maßnahme, die in ihrem Ziele starke Ersparnisse mit sich bringe, ohne daß die Geschäfte irgendwie darunter Not litten. Aber die Bürokratie im Reichsfinanzministerium wie draußen wolle eben einfach nicht; sie kämpfe gegen die Beschlüsse und Wünsche der gesetzgebenden Körperschaften usw., weil die lokale Durchführung dieser Beschlüsse sie beschäftigungslos mache. Das persönliche Interesse werde hier ganz offensichtlich dem Allgemeininteresse vorangestellt. Die erhobenen Beanstandungen seien entweder maßlos aufgebauscht oder aber eine Folge der fortgesetzten Verletzungen der Reichshaushaltsordnung, also eines gesetzwidrigen Handelns durch die Reichsbaubehörde selbst. Wenn man der badischen Bauverwaltung zumute, große Bauten auszuführen, ohne daß richtige Kostenberechnungen und Bauentwürfe vorlägen, wenn für einen Bau 8 Vorprojekte aufgestellt werden müßten und dann der Auftrag zum Baubeginn erteilt würde, ohne daß irgendwie genehmigte baureife Entwürfe oder Voranschläge vorhanden seien, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn nicht alles glatt ablaufe.

Die Reichsbaubehörde, deren eigenartige Geschäftsmethoden in großem Umfange Gegenstand fortgesetzter Beschwerden des Reichstags sei, sehe offenbar den Spalter im Auge des Nächsten, nicht aber den Balken im eigenen Auge. In Baden sei eine geordnete Landesbauverwaltung seit vielen Jahrzehnten. Dort fange man mit der Bauausführung erst an, wenn baureife Entwürfe und Voranschläge vorlägen und vom Parlament genehmigt seien. Das gegenteilige Verfahren der Reichsbaubehörde, wie es von ihr nicht nur in Baden, sondern auch sonst beliebt sei, müsse naturgemäß zur Unordnung und zur Ueberschreitung der bewilligten Mittel führen. So sei z. B. für einen Bau in

## Wirth nimmt den Kampf mit Fried auf

Dr. Sch. Berlin, 3. Juni. (Eig. Drahtber.)

Die Sperrung der Polizeizuschüsse des Reiches an Thüringen steht unmittelbar bevor. Zwar liegt die offizielle Mitteilung der thüringischen Regierung über ihren gestern gefaßten Beschluß, der die vom Reichsinnenminister geforderte Müdigangsmachung der nationalsozialistischen Ernennungen ablehnt, in Berlin noch nicht vor. Es ist aber selbstverständlich, daß das offizielle Schreiben Thüringens an das Reichsinnenministerium keinen anderen Inhalt haben wird. Der Reichsinnenminister wird daher sehr bald gezwungen sein, die von ihm angekündigten Konsequenzen zu ziehen und die Zuschüsse an Thüringen einzustellen. Praktisch sind der thüringischen Polizei schon seit dem 26. Mai keine Zuschüsse mehr zugeflossen, was jedoch nicht auf politische Ursachen zurückzuführen ist. Thüringen hat ebenso wie andere Länder Vorwürfe erhalten, die sich auf mehrere Hunderttausend Mark belaufen und die noch aus der Zeit stammen, als Severing Reichsinnenminister war.

Uebrigens sieht das Reichsinnenministerium der Beschwerde vor dem Staatsgerichtshof, die Thüringen im Falle der erneuten Sperrung der Polizeigelder angekündigt hat, mit Ruhe entgegen, ist doch auf der Konferenz der Länderminister die Auffassung des Reichsinnenministeriums als richtig erkannt und bestätigt worden, daß die vereinbarten Richtlinien es nicht zulassen, Zuschüsse für eine Landespolizei zu gewähren, bei der Angehörige von staatsfeindlichen Parteien leitende Posten einnehmen.

## Die Räumung von Kehl

Kehl, 3. Juni. Nach einer Meldung aus Straßburg soll die Räumung von Kehl nun endgültig auf den 4. Juni festgesetzt worden sein. Das 170. französische Infanterie-Regiment, das bisher in Kehl stand, wird nach Gornalmer verlegt.

## Nizza wird schwer befestigt

Mailand, 3. Juni. (Eigener Bericht.) Mehrere Blätter berichten aus Paris, daß von der Milliarde, die für den Beginn der Grenzbefestigungen gegen Deutschland bestimmt war, ein Teil abgezweigt wird, um der Befestigung des Lagers von Nizza gegen Italien zu dienen. Es sei auch geplant, die Truppenstärke dieses Gebietes zu vermehren.

## Zum Eisenbahnunglück bei Montereau

Paris, 3. Juni. Die Untersuchung der Ursache des Eisenbahnunglücks bei Montereau hat noch keine weitere Aufklärung gebracht. Während die meisten Blätter die Möglichkeit eines von kommunistischer Seite vorbereiteten Anschlages erörtern, bezweifelt „Populaire“ einen Sabotageakt, da ein in voller Fahrt befindlicher Zug nicht einmal durch einen schweren Lastkraftwagen zur Entgleisung gebracht werden könne, geschweige denn von einem kleinen Transportwagen. Bedenklischer sei die Tatsache, daß gerade am 31. Mai eine Weisung erlassen worden sei, an dieser Kurve, die früher wegen schlechten Zustands der Gleise nur mit 30 Kilometer Geschwindigkeit befahren werden durfte, bis 90 Kilometer Geschwindigkeit einzuschlagen. Habe man etwa durch diese plötzliche Vorschrift für ein beschleunigtes Tempo des Zuges des Ministerpräsidenten Lardieu sorgen wollen?

## Das Attentat auf den Schnellzug Paris—Marseille

Kurz vor dem etwa 100 Kilometer von Paris entfernten Städtchen Montereau stieß der fahrplanmäßige D-Zug Paris-Marseille mit einer auf dem Gleis stehenden Drahtseil zusammen und entgleiste. Die Lokomotive legte sich, wie in unserem Bilde zu sehen ist, auf die Seite, und die drei ersten Wagen, die ausschließlich 1. und 2. Klasse führten, schoben sich ineinander. Aus den Trümmern wurden 8 Tote und 25 Schwerverletzte geborgen, darunter der Lokomotivführer und der Feizer. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß es sich bei dem Unglück um ein Attentat auf den Ministerpräsidenten Lardieu handelt, der kurz vorher die gleiche Strecke benutzte, um nach Dijon zu reisen.



Behl der Kostenvoranschlag überhaupt erst genehmigt worden, nachdem der Neubau schon 5 Monate bezogen gewesen sei.

Die anwesende Reichsbaubürokratie wurde recht unruhig ob dieser energischen Abwehr. Sie nahm wohl an, daß ihre schiefen Behauptungen ohne Verächtigung ins Land hinausgehen würden, eine Annahme, mit der sie sich allerdings gründlich verrechnet hatte.

Beamtenbund gegen Ausgabenreduzierungsgezet

Berlin, 3. Juni. Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes beschäftigte sich heute in einer Sitzung im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates mit der gesamten beamtenpolitischen Lage.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes nimmt Kenntnis von dem Bericht über ein „Ausgabenreduzierungsgezet“, das den Rahmen bilden soll für eine Reihe von Bestimmungen, die eine Verschlechterung der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Beamten darstelle.

Deutschlands Sorgen um die Landwirtschaft

Genf, 3. Juni. Auf der vom Weltverband der Völkerverbände veranstalteten, heute eröffneten Wirtschaftskonferenz, auf der Deutschland durch die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders und Dr. Dernburg vertreten ist, sprach Dr. Dernburg über die wirtschaftliche Lage Deutschlands, insbesondere über die von der deutschen Regierung zum Schutze der deutschen Landwirtschaft eingeleiteten Hilfsmaßnahmen.

Bezugnehmend auf das Memorandum Briands bezeichnete Dr. Dernburg die Beseitigung der Schwierigkeiten im internationalen Wirtschaftsverkehr als ein wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens, der allerdings in erster Linie durch die Ausmaße der militärischen Rüstungen gefährdet sei.

Röpenidiade auf der Kölner Landwirtschaftsausstellung

Köln, 3. Juni. Die Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist durch eine Röpenidiade um eine ganze Tageseinnahme geschädigt worden. Die Ausstellungsleitung wurde von einem Mann angerufen, der sich als der Regierungspräsident ausgab und der hat, dem Hauptmann a. D. Hans von Werner Beschäftigung zu gewähren.

Eine christliche Abwehrfront

Im Kampf gegen den Atheismus

Die „Christliche Front e. V. Liga zur Wahrung der Freiheit des religiösen Bekenntnisses“, hat sich mit einem programmatischen Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt. Die Angriffe gegen das Christentum haben sich in den letzten Jahren in einer Art und Weise vermehrt, daß zum Gegenangriff geschritten werden muß, weil in der Tat die Abwehr allein nicht mehr genügt.

Hier gibt es keinen Unterschied der Konfession, wenn der Kampf aufgenommen wird zum Schutze der heiligsten Güter der Menschheit. In offenem Kampfe muß der Latzchrist dem Antichristen sich entgegenstellen. Aber einer allein vermag hier nichts, die Gesamtheit der Christen aber alles.

Wie uns aber die Erfahrung lehrt, sind solche Abwehrfronten nicht mehr genügend. Die Aktion derer, welche die Kirchen stützen, das Christentum vertreiben wollen, fordert zwingend eine größere Zusammenfassung der Kräfte des

Christentums, welche Religion und Kirchen erhalten, christliche Kultur verteidigen, religiöse Betätigung schützen wollen. Nunmehr ist diese Front geschaffen. Der Aufruf bringt ein großes Programm, zeigt die heiligen Aufgaben und Pflichten, welche in unserer Zeit den Christen erwachsen. Doch darf es nicht beim Aufruf bleiben. Die Tat muß folgen.

Hervorragende Persönlichkeiten aus dem katholischen und protestantischen Lager haben den Aufruf unterzeichnet. Es sind Männer, welche sich der Verantwortung bewußt sind, daß es jetzt gilt, die Zusammenarbeit aller Christen zur Wirklichkeit werden zu lassen. Ihr Ruf darf nicht ungehört verhallen. Ueber die Grenzen der Konfessionen hinaus müssen sich die Christen die Hände reichen unter Wahrung der religiösen Selbständigkeit und Eigenart, aber zur geschlosseneren Abwehr gegen die Gottlosen, die Materialisten, welche die ganze Christenheit der Welt bedrohen.

1931 Zeppelinverkehr zwischen Europa und Amerika

Lakehurst, 3. Juni. Kurz vor dem Abflug des „Graf Zeppelin“ erklärte Dr. Eckener Pressedirektor, er hoffe, daß im Herbst 1931 ein fünfjähriger Dienst von beiden Seiten des Atlantischen Ozeans mit drei Zeppelinluftschiffen für je 24 Passagiere und 20 Tonnen Fracht und Post eröffnet werden könne.

Der Start in Lakehurst

Lakehurst, 3. Juni. „Graf Zeppelin“ ist um 9 Uhr 12 Minuten abends Normalzeit gestartet. Um 8.45 Uhr abends Normalzeit begann die Herausziehung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ aus der Luftschiffhalle am beweglichen Untermaß.

Der jetzige Rückflug des „Graf Zeppelin“, so teilte Dr. Eckener mit, gehe über New York, dann nordöstlich über Long Island zum Atlantischen Ozean. Bei Verfolgung des mittleren Kurzes und möglicher Ausnutzung des Windes rechne er damit, in 50 Stunden Sevilla zu erreichen.

Zu der von der New Yorker Presse aus wichtig betrachteten Frage der Ergänzung des Alkoholvorrates des Luftschiffes

meldete Dr. Eckener, mit Hilfe der Bundesregierung sei eine kleine Ergänzung des Alkoholvorrates für medizinische Zwecke vorgenommen worden.

New York, 3. Juni. „Graf Zeppelin“ befand sich heute um 15 Uhr (MEZ) auf 40,18 Grad Nord und 57,30 Grad West.

New York, 3. Juni. Dr. Eckener hat in Washington und in Lakehurst durch Funksprache seinen Dank für die dem Luftschiff vom Marineministerium geleistete Hilfe ausgesprochen.

Abbruch der Trierer Zeppelinhalle

Trier, 3. Juni. (Eigene Meldung.) Heute vormittag begannen die Abbrucharbeiten an der hiesigen Zeppelinhalle. Zuerst wurden die beiden über 30 Meter hohen Tore umgelegt, dann sollen die inneren Binder herausgeschitten werden. Diese Arbeiten werden von deutschen Arbeitern ausgeführt, während französische Pioniere das Abbruchgerüst errichtet haben.

Ein Auswandererheim stürzt zusammen

Genua, 3. Juni. In der vergangenen Nacht hat ein schwerer Hauseinsturz zahlreiche Opfer gefordert. Durch Einsturz der Decke eines im dritten Stockwerk gelegenen Schlafsaales im Auswandererheim, in dem 250 mittellose Auswanderer verschiedener Nationalität ihre Unterkunft hatten, wurden zahlreiche Infassen des Heimes verschüttet.

Das wegen der Dunkelheit schwierige Rettungswerk konnte erst erfolgreich in Angriff genommen werden, als Scheinwerfer zur Stelle waren. Bis her wurden mehrere Tote und etwa 40 Verletzte geborgen.

Die Vergungsarbeiten mußten, um neue Opfer zu vermeiden, nach einer Stunde abgebrochen werden, weil eine stehengebliebene Umfassungsmauer nachzustützen drohte. Die Behörden haben die Räumung einiger Nachbarhäuser und der angrenzenden Polizeikaserne angeordnet. Das eingestürzte Heim war sehr alt und befand sich in Reparatur.

Ueber die Ursache des Einsturzes ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Die Einsturzstätte ist in weitem Umkreise militärisch abgesperrt. Bei den Vergungsarbeiten sind durch einen Nachsturz auch zwei Karabinier-Obersten leicht verletzt worden, ein Matrose und ein Miliz-Soldat erlitten ernsthafte Verletzungen.

Die Schiffkatakstrophe auf dem Magdalenenstrom

New York, 3. Juni. Wie Associated Press aus Bogota meldet, sind bisher 40 Leichen der Passagiere und Besatzungsmitglieder des nach einer Kesselexplosion auf dem Magdalenenstrom gesunkenen Passagierdampfers „Goenaga“ geborgen worden, darunter die Leiche des Kapitäns. 35 Mann der Mannschaft wurden gerettet, von denen 11 schwere Brandwunden erlitten haben. Der Dampfer sank unmittelbar nach der Explosion.

Mit 25000 Mark Lohngebern geflüchtet

Bodum, 3. Juni. Der 27jährige Angestellte Albert Krause aus Bodum, ist heute nachmittag nach Unterschlagung von 25000 Mark Lohngebern der Zeche Lothringen in Bodum flüchtig geworden. Nachforschungen nach dem Defraudanten sind bis jetzt ergebnislos verlaufen.

Hat Kürten das alles getan?

Berlin, 3. Juni. Die Vernehmungen Kürtens fördern, wie gemeldet wird, immer neue Verbrechen zutage. Außer 20 Morden, Ueberfällen und Vergewaltigungen hat der Unhold bisher 20 Brandstiftungen gestanden. Er hat nicht nur in Bismarck, wo er gemordet und die Leiche seiner Opfer vergraben hat, eine Scheune angezündet, sondern, wie er jetzt angibt, wahllos Strohschäber, Erntewagen und Scheunen in Brand gesteckt. Niemals ist er hierbei gesehen worden oder auch nur in Verdacht gekommen. Jetzt gibt er all diese Verbrechen zu und, wie bei den Morden und Ueberfällen, sollen die Erhebungen seine Angaben bestätigen.

Stadtrat Busch von seinen Angehörigen schwer belastet

Berlin, 3. Juni. In der Untersuchung der beanstandeten Grundstücksgeschäfte des verstorbenen Stadtrats Busch ist heute eine entscheidende Wendung eingetreten, die wesentlich zur Klärung der Angelegenheit beitragen dürfte. Nach einer Meldung der B. Z. am Freitag begab sich der Sohn des verstorbenen Stadtrats Busch mit seinem Rechtsanwalt Dr. Werthauer, zur Staatsanwaltschaft nach Moabit, um den weiteren Gang des Verfahrens zu besprechen. Dabei wurden dem Blatte zufolge einige Aufsehen erregende Erklärungen abgegeben. Während nämlich bisher die Verteidigung Buschs dahin ging, daß der Holländer Lufft der Kugnießer der Grundstücksgeschäfte gemein sei und Busch selbst keine Befehlssummen bekommen habe, hat Rechtsanwalt Dr. Werthauer heute der Staatsanwaltschaft folgendes erklärt: Die ganzen Vermögensstücke, die bisher Lufft zugesprochen worden sind, gehören tatsächlich den Erben des Stadtrats Busch und dessen Ehefrau als Vorerbin. Die Behauptung, daß diese Vermögensstücke Lufft gehörten, hat Busch i. St. im Strafverfahren nur zu seiner Verteidigung aufgestellt, in Wirklichkeit hat er das ganze Geld für sich bekommen. — Eine heftige Korrespondenz will demgegenüber wissen, daß Rechtsanwalt Dr. Werthauer heute keine derartige Erklärung abgegeben, sondern bereits gestern die nötigen Schritte unternommen habe, um das hinterlassene Vermögen des Stadtrats sicherzustellen. Auch nach dieser Darstellung hat allerdings Dr. Werthauer im Auftrage seiner Klienten zugestanden, daß Lufft tatsächlich nur ein Strohmännchen war. Im Auftrage der Erben Buschs ist Lufft bereits durch Silberbrief angefordert worden, sofort die an verschiedenen Stellen unter seinem Namen deponierten Gelder freizugeben, weil diese Beträge, bei denen es sich wahrscheinlich um die bei den Grundstücksverkäufen erzielten Provisionen handelt, in Wirklichkeit Busch gehörten. Für den Fall, daß Lufft sich weigern sollte, die nicht unerheblichen Summen herauszugeben, würden die Erben sofort mit allen zivilrechtlichen Mitteln gegen ihn vorgehen und sich dabei auf die eigenen Angaben des Holländers gegenüber dem Berliner Kriminalkommissar Seifert berufen.

Bodum, 3. Juni. Der Kassier eines Bochumer Brieftaubenervereins, der Wirt Karl Rembgen, hat seinem Verein insgesamt 13 000 Mark unterschlagen. Nach am vergangenen Mittwoch hat er 7500 Mark von der Bank abgehoben und ist dann flüchtig geworden. Es besteht die Möglichkeit, daß Rembgen, der im Besitz eines Auslandspasses ist, sich ins Ausland begeben hat.

# Sauft über Danzig

Roman von Leonine von Winterfeld-Platen — Copyright Greiner & Co., Berlin NW. 6

„Der Vater sagte mir immer, Ihr wäret als Knabe so groß und breit gewesen. Und Euer Haar hätte die Farbe von reifem Flachs. Aber nimmer so rötlich wie jetzt,“ pläzte sie endlich stöhnend und hastig heraus, eine kurze Atempause in feinem Redeschwall nützend.

Er lachte laut auf. „Das sind schon viele Jahre her, Jungfrau Antje, als Euer Vater uns Buben in Danzig gesehen. Seitdem kann man sich viel verändern. Vielleicht hat er uns Brüder auch verwechselt gehabt. Aber ich hoffe, ich werd' der Jungfrau auch noch gefallen, wenn sie mich näher kennenlernt.“

Sie war ein wenig erschrocken. Hatte sie ihn gekränkt? Aber so hatte sie das wirklich nicht gemeint. Und sie versuchte durch doppelte Freundlichkeit ihr reiches Schwächen wieder gut zu machen.

So ritten sie zusammen durch das herbstbunte Land, bis fern am Horizont im Abendhimmel die Türme von Danzig ragten.

Frau Katharina war schon den ganzen Tag sehr unruhig gewesen. Immer wieder hatte sie von ihrem erhöhten Fensterhock aus hinabgesehen auf die Gasse, hinüber zum breiten Tor, woher die Reiter kommen mußten. Darüber war es Abend geworden.

Flammenglut badete den stumpfen Turm der Marienkirche.

Frau Katharina hatte ihren Fensterplatz verlassen, denn die wachsende Ungeduld ließ sie nicht länger stille sitzen. Mit dem großen Schlüsselbund am Gürtel, die breite gestärkte Schürze vor dem behäbigen Leib, so ging sie schaffend von einem Gemach ins andere, hier noch etwas ordnend, dort eine Falte glättend, überall Staub witternd auf dem blanken Estrich.

Sie mußte, daß sie eine Musterhausfrau war, aber es wurde ihr doch jetzt auch schon oft recht sauer. Besonders die vielen Treppen, denn es waren die alten Patriarchenhäuser nur schmal gebaut und hatten stets mehrere Stockwerke übereinander, bis hoch in den spitzen, schön verschönerkten Giebel hinauf, der immer hinabsah auf die Gasse. Sie merkte, daß sie nun doch älter wurde, und daß ihr das viele Steigen treppauf, — treppab oft beschwerlich fiel. Da würde eine junge, frische Kraft von großem Nutzen sein und ihr sicherlich viel abnehmen. Hoffentlich war aber das adlige Fräulein aus der fernern Burg nicht gar zu zimperlich. Frau Katharina hatte so ihre stillen Bedenken. Sie hatte einmal gehört, wie fürnehm es da hergehen sollte, und daß die Jungfrauen, weil sie meist Vangeweile hätten, sogar aus Gejaid gingen, oder so ähnlich wurde das genannt.

Aber das half nichts. Antje mußte hier tüchtig mit ansetzen. Denn in einem soliden Bürgerhause ging die Frau allen Mägden mit gutem Beispiel voran.

Jetzt stand Frau Katharina im großen Speisezimmer und überblickte noch einmal prüfend die lange Tafel. Es war sehr festlich gedeckt worden, den fremden Gästen zu Ehren. Denn auch Gerold und seine Begleiter, die hier übernachteten, mußte man zu Tisch bitten.

Es war nun nach Sonnenuntergange so dämmrig geworden, daß man Kerzen entzünden mußte auf großen Armleuchtern aus Messing. Die Leuchteten festlich über der langen schneeweißen Tafel.

Auch in das Gemach der Jungfrau Antje trat Frau Katharina noch einmal. Es lag eine Treppe höher neben dem Schlafzimmer der Hausfrau.

Ein schmerz, gewaltiges Himmelbett mit burdgeblühter Gardine nahm die lange Wand ein. Schloßweiß und frisch war alles bezogen, daß es nur so leuchtete. Auf der anderen Seite stand neben dem kleinen Bett die große, eichengezeichnete Truhe und ein hölzerner Schemel. Aus dem breiten, niedrigen Fenster sah man in winkender Nähe den dunklen Turm der Marienkirche.

Prüfenden Blickes überhaute Frau Katharina noch einmal alles.

Dann hob sie lachend den Kopf. „Klang es nicht wie Pferdegetrappel auf der Straße? Sie raffte ihr langes, rauschendes Gewand und hastete die breite Treppe wieder herunter.“

Endlich war Antje allein. Der Kopf schmerzte ihr, und sie war müde, todmüde. Ganz still sah sie auf der breiten, niedrigen Eichentruhe und lehnte den Kopf gegen die Wand. Die Kerze flackerte mit unsicherem Schein auf dem kleinen, hölzernen Bettpult. Ein Lufthauch vom Fenster her machte sie so aufzucken. Denn Antje hatte das Fenster weit aufgerissen, weil ihr so beklommen zumute war. Nun kam der linde Abendwind, der über die spitzen Dächer strich, und schickelte mitleidig ihr heißes Gesicht.

Es war eine Wirrnis in ihrem Kopfe von all den neuen Eindrücken, den fremden Gesichtern, dem vielen Fragen und Antwortenmüssen. Nach dem Abendmahl hatte sie bescheidenlich gefragt, ob sie nun wohl zu Bett gehen dürfe, sie sei so müde nach dem langen, beschwerlichen Ritt. Da hatte Frau Katharina selbst die Kerze genommen und ihr hinaufgeleuchtet. „Auch zur guten Nacht die heiße Stirn des Mägdeleins geküßt und über ihrem Scheitel das Zeichen des heiligen Kreuzes gemacht.“

„Und morgen schlafst dich noch geruhsam aus nach dem anstrengenden Tag heute. Von deinem Wirken und Schaffen hier reden wir dann später.“

Antje hatte müde genickt und der Frau Katharina ehrerbietig die Hand geküßt.

Und nun war sie allein und versuchte, ihre Gedanken zu sammeln.

Wie war es doch so steif und feierlich hergegangen unten im Speisesaal! So etwas konnte Antje gar nicht. Da hatten keine vier Kinder getollt und gejubelt und ihre Spässe gemacht mit dem lächelnden, gütigen Vater.

Ob, ob die Kinder wohl nun schon alle in ihren Betten lagen? Aber sicher, denn es war ja schon so spät geworden! Ob sie wohl von ihrer „föten Antje“ gesprochen hatten? Und mit einemmal ging es wie ein Schütteln durch des Mädchens ganze Gestalt. Beide Hände schlug es vor das Gesicht und weinte und weinte.

Dann hörte es Schritte auf der Treppe, wischte sich rasch die Augen und trat ans offene Fenster. Die frische, kühle Nachtluft tat Antje wohl, und sie beugte sich weit heraus. Erst konnte sie nicht recht erkennen, weil das Dunkel schon so tief war, aber allmählich gewöhnt sich das Auge daran. Sie unterschied bald im matten Scheine des Mondes ein spitzes

Dach neben dem anderen. Denn das Belvedere war eines der höchsten und größten Häuser der Stadt und ragte weit über die anderen hinaus. Und da ihr Zimmerlein im dritten Stockwerk lag, so hatte sie einen weiten und freien Blick von hier oben. Aber sie konnte sich gar nicht genug darüber wundern, daß sie nichts sah, als nur Dächer, und immer wieder Dächer. Und dann in verschwommenen Umrissen den gewaltigen Turm der Marienkirche.

Der junge Belvedere hatte ihn ihr schon vorhin gezeigt beim Einreiten in die Stadt. Und es hatte sich sein wichtiges und erhabenes Bild tief in ihre Seele geprägt.

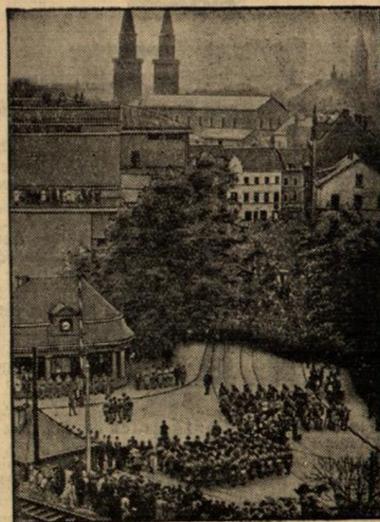
Daß Menschen so gewaltige Kirchen bauen konnten! Sie mußte immer wieder den Kopf darüber schütteln vor Bewunderung. Wohl hatte ihr der Vater schon viel von diesem Bau erzählt, aber so hatte sie ihn sich doch nicht vorgestellt.

Nun stand sie immer noch sinnend an ihrem kleinen Fensterlein und schaute und schaute. Sie konnte des Domes Ende nicht sehen, da es sich in Nebel und Nacht verlor.

„Morgen früh, wenn es klar ist, werde ich seine Spitze wieder sehen können,“ dachte sie sinnend, — „und dann sehe ich vielleicht auch hier oben das große, weite Meer, das doch gar nicht so fern sein kann von Danzig. Und nach dem ich solche Sehnsucht habe, weil hier doch kein Wasser ist, ach — gar kein rauschender Rebosee — nur Dächer und Dächer — und weiter nichts!“

Sie ließ das Fenster offen und Kleidete sich aus.

Als der erste Sonnenstrahl die spitzen Dächer vergoldete, war Antje auch wieder wach. Oh, wie hatte sie tief und traumlos geschlafen und fühlte sich nun erquickt und wie neugeboren. Mit beiden Füßen zugleich sprang sie aus dem Bett und ließ ans offene Fenster. Goldene Dächer, so weit das Auge blickte, und blauer, blauer Himmel darüber. Und die Marienkirche so hoch, so wichtig, so herrlich, wie sie es nie



Die Franzosen verlassen Ludwigshafen

Die letzte Parade der Besatzungstruppen in Ludwigshafen. Aus Ludwigshafen sind die letzten französischen Truppen abgezogen, nachdem die Tricolore feierlich eingeholt worden war.

für möglich gehalten. Antje spülte sich die Glieder mit dem klaren Wasser aus dem großen, irdenen Krug. Und dann kämmte und focht sie ihr langes, rehrbraunes Haar und wand blaues Band in die dicken Zöpfe. (Fortsetzung folgt.)

# Durch Humor empor!

Von Hans Quast

Eines der wirksamsten und bekömmlichsten geistigen Kräftigungsmittel — ein Verjüngungssystem ohne Affendrieß und Operationsstuhl — wird über all den tausend Leib- und Seelenrezepten von heute nur zu leicht vergessen: der Humor.

Wie schön, leicht, schnell und vor allem wie gut würden die Menschen miteinander auskommen, sich verstehen, wenn das Fluidum des Humors in privaten und öffentlichen Leben mehr mitzuschwingen würde. — Da ist unser enger Kreis: die Familie. — Vatergarn, Muttergroll, Kindertränen, Donner und Blitz am häuslichen Himmel, wie oft würden sie durch ein einziges fröhliches Wort im rechten Augenblick im Keim erstickt sein. Kinder, diese von Natur aus großen Humoristen, entwaffnen bekanntlich oft durch ein einziges Wort alles Bärnen der Großen, entspannen im Nu eine kritische häusliche Situation.

Unter Freunden, Bekannten, am Stammtisch, in der kleinen Gesellschaft zu Hause, wie oft bringt da in der Stille des Gesprächs ein unredliches, ungetes Wort eine geladene, „dicke“, „tribbelige“ Atmosphäre. Wohl dem Gast oder Wirt, der da mit einem treffenden, lustigen Wort alles wieder gut macht, vom Druck befreit — aus gespannten Segnern lachende Verhönte, aus einer betroffenen Gemeinde einen schmerzenden Bruder macht.

Ein humorvoller Mensch kann zum Segen der Gesellschaft werden. Nicht zu verwechseln mit dem humorvollen Gesellschaftler sind jene unentwegten „Witzbolde“, die unaufhörlich Anekdotchen erzählen, die jede Geselligkeit geradezu morden können. Ein Witz zur rechten Zeit — gewiß eine Gottesgabe! Aber Humor ist mehr. Humor ist Verständnis, Güte, ist ein „Dahübersehen“, nicht nur eine Eigenschaft des Menschen, sondern sein ganzes Wesen. — Und gerade deshalb auch liegt der humorvolle Mensch — nicht nur, weil er lachen macht, sondern weil der andere — wenn auch unbewußt — geistige Hebellegenheit, vielleicht noch stärker: eine Lieberlegenheit des Herzens spürt und willig auf sich wirken läßt. — Nicht umsonst sind in allen Körperkassen, in Versammlungen, Parlamenten, im geschäftlichen, politischen, kulturellen Leben die humorvollen Leute (nicht zu verwechseln mit den Hanswürten und Grimassenhauern) die erfolgreichsten, die beliebtesten. Humorvolle Opposition, sei es in Zeitung, Parlament oder persönlichem Verkehr, wirkt viel stärker, als die rein lehrhafte trockene „Moral-Schlichkeit.“

„Von allen Geistern, die verneinen, ist mir der Schalk am wenigsten zur Last“, sagt Goethe. — Eine einzige treffliche lustige Zeichnung in einem Witzblatt bekämpft einen „Großen“ oft viel wirksamer als langatmige, „sachliche“ Parlamentsreden, eine kleine humorvolle Attacke in der Zeitung gegen einen Uebelstand in der Öffentlichkeit befreit ihn oft viel rascher, als kleine und große Anfragen und Debatten im Stadt- und Landrat.

Ein ganz Großer unter den Politikern, Bismarck, hat zur rechten Zeit mit einem humorvollen und witzigen Wort eine politisch gespannte Stimmung erfolgreich gelöst, Menschen und Parteien damit für seine Zwecke gewonnen oder ihnen als Gegner einen empfindlichen Streich verleiht. Zu Tausenden zählen diese Anekdotchen und Geschichten davon.

Die großen Prediger, allen voran Abraham a Santa Clara, sammelten und fesselten ihre Hörer nicht zuletzt durch ihren bezwingenden Humor. Kein Großer auf Kanzel oder Katheder, der nicht die sieghafte Wirkung des Humors erprobt und empfunden hätte. Gerade auf die Masse wirkt Humor und Witz zur rechten Zeit geradezu entzündend.

Unter der Mannschaft im Krieg war das „Kopagnievied“ mindestens ebensoviel wert, wenn nicht mehr, als der längste „Durchhalte“-Artikel in der Presse.

Wie der Humor im gesellschaftlichen Leben ungemein verbindend — real genommen — nützlich sein kann, davon weiß jeder Geschäftsreisende zu berichten. Der Chef der Firma, die er aufsucht, ist als schmerzhaftes, lächelndes Gegenüber viel geeigneter zum Abschluß. — Das Personal erwartet den humorvollen Reisenden geradezu mit Spannung und Freude. Das alles schafft ihm guten Boden. Man unterschätze ja nicht das „Allgemeinmenschliche“, das Unwägbare auch im sachlich-nüchternen Geschäftsverkehr.

Daß der humorvolle Lehrer jeder Schulgattung seine Schüler menschlich ungemein bindet und damit erzieherisch beeinflusst, ist klar. Der trockene, kalte Redant wird bei aller Gewissenhaftigkeit oft nicht so viel bei einem Kind, bei einem jungen Menschen erreichen, als ein einziges fröhliches, verheißendes Wort eines heiteren Erzieheremtemperaments. Jean Paul sagt einmal über die Erziehung des Kindes: Heiterkeit ist der Himmel unter dem alles gedeiht — Gift ausgenommen.

Und wie der Lehrer, so hat auch der Seelsorger, der Priester, der Arzt im Humor ein köstliches, wirksames Hilfsmittel. Wie freundlich grüßt uns in den Rausbuben- und Kleinstadtgeschichten eines bekannten bayerischen Schriftstellers der Typus des behaglichen, fröhlichen alten Landparlers altbayerischen Schlägers, der für jedes Gebreht seiner kleinen und großen Schäferlein Verständnis und ein humorvolles Eingehen in ihre Schrullen und Schrillchen hat. Gerade das breite Volk, insbesondere der Bauer, hat viel „Resonanz“ für einen humorvollen Führer und Leiter und es ist kein Zufall, daß die „geflügelten Worte“ in der Politik meistens witzige sind. Unsere volkstümlichen Politiker wissen das sehr gut. (In Baden scheinen Politiker vom Schläge eines Dr. Schofer auszustuben.) Mancher allzu Sachliche könnte davon lernen. —

Unter Dichtern und Künstlern bleibt bezeichnenderweise meist nur der volkstümlich und unsterblich, der auch eine große Portion dieses himmlischen „Humus“ auf seinem Feld liegen hatte. Der Deutsche Wilhelm Busch, der Spanier Cervantes mit seinem Don Quixote, der Amerikaner Mark Twain — um nur einige zu nennen: sie zeugen für die völkerverbindende Macht des Humors. Ihre Werke sind Gemeingut aller Nationen.

Nicht nur unser privates Leben — Familie, Freundeskreis, Umwelt — wird liebenswerter unter der Sonne der Heiterkeit — auch das öffentliche Leben könnte durch Humor an Wesen und Tempo nur gewinnen. Daß die Behörde, das Amt manchmal durch seine schematische nüchterne Amtsschimmeligkeit und Kommissigkeit viel verdirbt, wo ein einziges, verständiges, heiteres Wort Differenzen schlichten könnte, das weiß der brave Untertan nur zur Genüge. Aber auch hier gibt's — Gott sei dank — Ausnahmen, doppelt zu preisen, daß sie sich in der kühlen Amtsatmosphäre „halten“, ihr freundliches Gesicht nicht verlieren. — Der Schutzmann, der einem Angeheiteren statt mit dienstlichen Maßnahmen mit einem treffenden witzigen Wort begegnet, schafft oft ungleich rascher „Ordnung“ als mit Amtsmiene und Notizbuch. Der Schaffner, der im überfüllten Trambahnwagen mit Ruhe und Humor sein Amt verübt, schafft es besser und rascher, als sein aufgeregter und nur „amtlicher“ Kollege. Am Schalter von Post, Bahn und Behörden aller Art wirkt ein lustiges Wort manchmal geradezu staatserkaltend und die Obrigkeit mühte humorvolle Beamte mit Beförderung und Zulagen auszeichnen, sofern sie so viel Humor aufbrächte. Nur nicht immer Dienstgesichter, Amtsmiene, Würde! Lächeln ist eine viel stärkere Macht. Die Völker würden viel besser und leichter regiert, wenn ihre Abgeordneten Minister, Parlamente mehr Humor hätten und sich nicht so, blutig (im vollsten Sinne des Wortes) wichtig nahmen.

Vor zwei Jahrzehnten erlaubte Wilhelm II. den Witzblättern sein Bild zu bringen, was ebendem vom Staatsanwalt streng geahndet wurde.

Da brachte ein Witzblatt ein Gedicht, dessen treffliche Schlussworte hießen:

„So hoch steht keiner, daß Humor Auf ihn sein gutes Recht verlor!“

Der Amerikaner hat als Wahlspruch: Wahre dein Lächeln! Wollen wir uns auch darin von dem jungen Volk belehren lassen?

Lächeln, Lachen ist nur dem Menschen eigen und vielleicht sein schönster, „menschlichster“ Zug im Antlitz. Humor, aber, der lächeln und lachen macht, das ist das unmittelbarste Geschenk aus Gottes Hand.

### Baden

#### Badischer Beobachter und christliche Gewerkschaften

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Volkstfreund“ am 31. Mai einen Artikel in großer Aufmachung, in dem er — allerdings unter Verwendung von Beweisgründen, die bloß im Bereich der Demagogie gelten — zu zeigen sucht, wie auch im „Bad. Beob.“ im wirtschaftlichen Teil vertreten wird, was im politischen bzw. im sozialen Teil des „Beob.“ als nicht angängig gilt. Da hat nämlich der „Bad. Beob.“ in seinem Wirtschaftsteil von einem Vortrag des Herrn Dr. Schenz im Außeninstitut der Technischen Hochschule in Charlottenburg Notiz genommen, wonach in seiner mechanischen Weherei auf Wunsch der Belegschaft ein Vertrag zwischen Unternehmer und Arbeiterchaft zustande gekommen sei, von dem beide Teile befriedigt seien, wobei die Arbeiter heute 50 Prozent mehr verdienen, als ihre gewerkschaftlich organisierten Kollegen. Das sei vor fünf Jahren geschehen und seit der Zeit bestehe Arbeitsfriede im Betrieb, ein Zeichen dafür, daß alles mit dieser Regelung zufrieden sei.

Das ist zunächst eine Tatsache, an der sich nicht rütteln läßt und wir müßten wirklich nicht, was dem „Bad. Beob.“ davon hätte abhalten sollen, von ihr in seinem wirtschaftlichen Teil rein sachlich Kenntnis zu geben. Vorhandene Tatsachen haben nun einmal die manchmal vielleicht recht unangenehm berührende Eigenheit, daß sie eben hingenommen werden müssen.

Für den „Volkstfreund“ und speziell für die Leute, die ein Interesse daran haben, für die freien Gewerkschaften unter allen Umständen Propaganda zu machen, handelt es sich allerdings um etwas anderes. Sie fahren alsbald mit der Feuerprobe der freigewerkschaftlichen Demagogie auf und rufen: Was sagen dazu die übrigen organisierten Arbeiter und die Gewerkschaften? Wir wollen dem „Volkstfreund“ darüber Auskunft geben: Die andern Arbeiter und Arbeiterinnen werden wohl dazu sagen: Ach wenn das doch überall und allzeit in allen Betrieben möglich wäre, was hier in einem mechanischen Wehereibetrieb im Schwarzwald Tatsache geworden ist! Dann brauchen wir keine eigenen Organisationen und insgedessen wären wir auch frei von Organisationsbeiträgen. Denn die Arbeiterchaft hat sicherlich nur daran ein Interesse, ihre wirtschaftliche und soziale Lage möglichst menschenwürdig zu gestalten, sei es auf die eine oder andere Weise. Leider beweist die Erfahrung fast allerorten, daß solche Abkommen in befriedigender Weise meist nicht möglich sind, weil es — vielleicht auf beiden Seiten — am guten Willen fehlt oder auch weil die Wirtschaftskonjunktur ein befriedigendes Abkommen auf längere Zeit hinaus nicht zuläßt. Und deshalb ist es für alle Fälle gut, einer entsprechenden Fachorganisation anzugehören und damit dem Solidaritätsgedanken der Arbeiterchaft praktischen Ausdruck zu geben, wie ja auch die Arbeitgeber ihre Organisationen für sich haben.

So ungefähr werden die Arbeiter zu dem Fall in der mechanischen Weherei im Schwarzwald sagen. Sehr töricht wäre es natürlich, wenn auf Grund des ohne Vermittlung von Gewerkschaft und Betriebsräten zustande gekommenen Vertrags von Arbeiterseite gesagt würde, wie im „Volkstfreund“ — aus Demagogie, wie bereits bemerkt — angedeutet wird: „Also wozu noch Gewerkschaften? Wozu ein Betriebsrätegesetz? Bleibt aus den Gewerkschaften ... um.“ Denn mit seinen Maßnahmen für das eigene Wohl richtet sich jeder vernünftige Mensch, ob Arbeiter oder nicht, eben nicht nach einem besonderen Fall, sondern nach der allgemeinen Erfahrung. Und die allgemeine Erfahrung auf dem Gebiet der Handarbeit lehrt die gewerkschaftliche Organisation auch dann schäßen, wenn in dem einen oder andern Fall befriedigende oder sogar bessere Arbeitsbedingungen ohne Mitwirkung von Gewerkschaften erreicht werden.

Die folgerichtig denkenden christlichen Arbeiter halten sich an die allgemeine Erfahrung auch in der Richtung, daß sie die christlichen Gewerkschaften gegenüber den freien Gewerkschaften bevorzugen. Denn die allgemeine Erfahrung beweist, daß die freien Gewerkschaften praktisch und tatsächlich auf marxistischem Boden auch weltanschaulich stehen — auf die religiösen Anschauungen christlich gläubiger Mitglieder in ihren Organen keine Rücksicht nehmen, sie vielmehr mit Füßen treten. Sie beweist, daß die freien Gewerkschaften politisch zugleich für die Sozialdemokratie arbeiten. Und der christlich gläubige und nicht sozialdemokratische Arbeitnehmer sagt sich deshalb mit Recht: Wozu soll ich die Reihen der Gegner meiner religiösen und politischen Ueberzeugungen stärken, wenn mir in den christlichen Gewerkschaften Gelegenheit gegeben ist, meine wirtschaftlichen und sozialen Interessen in völlig einwandfreier und mir auch religiös und politisch zuzugender Weise zu vertreten? Und kein sozialdemokratisches Blatt und kein sozialdemokratischer freier Gewerkschaftler hat auch nur den allermindesten Grund, dafür seinen nicht sozialdemokratischen Arbeitskollegen schäßen anzuhängen.

Und nun noch eins! Im „Volkstfreund“ wird der an den Saaren herbeigezogene Versuch gemacht, dem „Bad. Beob.“ bei dieser Gelegenheit nachzusagen, er vertrete im Wirtschaftsteil andere Grundfälle als im politischen und sozialen. Das ist in dem angezogenen Fall sicherlich nicht so, wie der Verfasser des Artikels im „Volkstfreund“ schreibt. Denn es ist auch dem Handelsredakteur des „Bad. Beob.“ nicht eingefallen, den Arbeitnehmern wegen des Abkommens in der mechanischen Weherei bei der Firma Schenz nahelegen, auf Gewerkschaften und Betriebsräte zu pfeifen. Einen Widerspruch findet hier nur die freigewerkschaftliche Demagogie im „Volkstfreund“. Wenn der „Volkstfreund“ nach ihm naheliegenden Widersprüchen schandet, dann findet er gerade genug im eigenen Lager. So zum Beispiel möge er erklären, warum die sozialdemokratischen Reichsminister für den bekannten Panzerkreuzer stimmten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dagegen. Und ferner: warum die sozialdemokratischen Mitglieder des Haushaltsausschusses im Reichstag die erste Rate für den Kreuzer ablehnten, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dann aber die vorgezeichneten 400 000 Mark für die erste Inangriffnahme des Panzerschiffbaus bewilligten? Programmist wie sie die Sozialdemokratie bei der Nichtbewilligung trieb, mag ganz nett sein, aber offenbar wird sie nicht überall gern gehört. Und zu denen, die sie in diesem Fall nicht gern hörten, zählen offenbar auch die sozialdemokratischen Arbeiter auf der betreffenden Werft, die den Panzerkreuzer bauen soll. Lieber Himmel — das Leben ist halt auch gar so voll von Widersprüchen, warum sollen sie da von der sozialdemokratischen Taktik fern bleiben?

## Badische Schulfragen

### Eine Besprechung bei dem Unterrichtsminister

Auf Einladung und unter dem Vorsitz von Unterrichtsminister Dr. Kemmle fand am Montag, den 2. Juni, im großen Saal des Staatsministeriums eine Besprechung über eine Reihe wichtiger und aktueller Schulfragen statt, an der eine größere Zahl von Direktoren höherer Lehranstalten Badens, die Stadtoberlehrer und die Vorsitzenden des Badischen Philologenvereins, des Vereins Badischer Schullehrer, des Badischen Lehrervereins und Lehrervereins, sowie des katholischen Lehrervereins teilnahmen.

In seiner Eröffnungsansprache wies Minister Dr. Kemmle auf Zweck und Ziel der Besprechung hin. Es sollten einige bedeutsame und teilweise nicht nur für Baden wichtige Schulprobleme erörtert werden. Die Zahl der Abiturienten und Akademiker sei nach dem Krieg so stark angewachsen, daß die deutsche Wirtschaft sie nicht mehr aufnehmen vermöge. Dieses schwierige wirtschaftliche Problem sei fast schon zu einem politischen geworden. Hand in Hand damit zeige sich eine steigende Abwanderung aus der Volkshochschule in die höhere Schule. Auch den Gründen für diese Erscheinung müsse mit erstem Willen zur Abänderung nachgegangen werden. Eine Reihe bedeutsamer Fragen erhebt sich. Es sei unter anderem die Frage zu prüfen, ob die Volkshochschule noch diejenigen Kenntnisse vermitteln, die Behörden, Wirtschaft und Gesellschaft heute verlangen. Wie stehe es mit dem Uebertritt in die höhere Schule? Ein Ziel müsse sein, daß der Uebertritt aufwärts freier könne und daß das Kind des sozial und wirtschaftlich schwächer gestellten nicht in den Hintergrund gedrängt werde. Allerdings könnten wir in Baden allein dieses Problem nicht reiflos lösen. Aber die Fragen müßten in Fluß gebracht und eine gemeinsame Linie zur Beseitigung der größten Mängel gefunden werden.

Sodann sprach Stadtoberlehrer Kimmelman, Karlsruhe, über die Gabelung des Lehrstoffes in den oberen Klassen der Volkshochschulen in den großen Städten. Zur Eindämmung des ungeordneten Andrangs zu den höheren Schulen erhebt der Ausbau der Volkshochschule als eines der in Betracht kommenden Mittel. Zwei organisatorische Gedanken treten in allen Städten in Erscheinung: zunächst die Errichtung eines Oberbaus auf die Volkshochschule mit 9. und 10. Schuljahr, und der Verlegung der Verlebung der mittleren Reife. Ferner eine reichere Gliederung der oberen Volkshochschule durch Einbau fremdsprachlichen Unterrichts. In der praktischen Verwirklichung ergaben sich verschiedene Formen: die preußische Mittelschule und die sog. gehobenen Klassen (Sprachklassen) nehmen einen Teil befähigter Schüler nach dem vierten Grundschuljahr auf. Diese Einrichtungen lassen das eigentliche Volkshochschulproblem ungeklärt und vergrößern den Abstand nach anderen Wegen gesucht. Aus erzieherischen Gründen ist es nötig, die der Volkshochschule verbleibende Schülerzahl möglichst lange zusammenzuhalten. Die individuelle Begabung und die Anforderung des praktischen Lebens können durch wahlfreie Kurse befriedigt werden. So ergibt sich eine Organisation der Oberstufe, die die Schüler in den Kernfächern zusammenhält, und für vier Stunden die Wahl zwischen fremdsprachlichem Unterricht und einem Förderunterricht in den Elementarfächern mit Vertiefungsunterricht ermöglicht. Diese Organisation wird in Karlsruhe Kosten nicht verursachen. Die Erwägungen führen zu folgender Stellungnahme: Die Bestrebungen nach reicherer Gliederung der Oberstufe der Volkshochschule und der Errichtung von Aufbaulehrgängen auf die Volkshochschule (Oberbau der Volkshochschule) sind zu unterstützen. Ferner ist der Weg auf Gabelung des Lehrstoffes ohne Abtretung von Schülern in gesonderten Klassen zu fördern.

Anschließend an dieses Referat wurde die Frage der Aufnahme in die untere Klasse der höheren Schulen behandelt. Hierzu sprach vom Standpunkt der Volkshochschule Oberregierungsrat Dr. Heideberger. Unter Zugrundelegung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Erlasse und reichlichem statistischem Material kam der Redner nach eingehender Begründung und Prüfung der angeschnittenen Fragen zu der Forderung, die Aufnahmeprüfung in die untere Klasse der höheren Schulen abzuschaffen und der Volkshochschule das Urteil darüber zu überlassen, ob die Anlage eines Schülers im Sinne der Reichsverfassung den Uebergang in die höheren Schulen rechtfertigt. Bei der Beurteilung ist der Lehrstoff des 4. Grundschuljahres zugrunde zu legen. Die Probezeit in der Klasse VI soll auf ein Vierteljahr verlängert werden.

### Die Siebe fassen!

Wir haben über die Nationalsozialisten und speziell über den Abg. Merk in den letzten Wochen allerlei, für diese unangenehme Dinge festgestellt und berichtet müssen. Endlich finden Sie in der Nummer v. 31. Mai ihres Wochenblattes auch wieder die Sprache zu diesen Dingen. Mein, soviel sie auch schreiben und reden, folgende Tatsachen bleiben bestehen:

1. Der Herr Abg. Merk hat j. Zt. beim Fürsorgewesen für die nationalsozialistische Fraktion eine Rede gehalten und dabei u. a. empfohlen, „Unheilbare, Sieche und Krüppel“ auf einem bequemen Weg aus der Fürsorge hinauszubringen. Daß dieser bequeme Weg dem christlichen Sittengesetz widerspricht, weiß jedes Kind.
2. Der Abg. Merk hat im Badischen Landtag einen Antrag gestellt wegen der Land- und Forstwirtschaftlichen Unfallversicherung. Was er vorgeschlagen hat, bedeutete eine 6-7fache und nach der Regierungsberechnung eine 10fache Belastung der Landwirtschaft gegenüber den bisherigen Beitragskosten. Das war ein „schöner“ Antrag! Nur werden die Bauern den Kopf darüber schütteln! Als der Antrag im Bad. Landtag verhandelt wurde, war der Herr Abg. Merk nicht da! Er war, wie er jetzt sagt, an dem Sitzungstage geschäftlich verhindert! Wir wollen ihm das glauben, allein, dann hätte er für einen Stellvertreter sorgen müssen, der etwas weiß und versteht von der Sache. Statt seiner aber kam der Fraktionsvorsitzende Köhler und begann seine Rede damit, daß er erklärte, „er verstehe von der Sache nichts!“ Der ganze Landtag glaubte ihm dies und quittierte dieses Bekenntnis mit einem homerischen Solngelächter!

Diese Dinge bestehen und das nationalsozialistische Organ kann noch soviel Drüderschwärze aufbieten, der Herr Abg. Merk noch soviel Zungenarbeit leisten sie sind nicht mehr aus der Welt zu schaffen!

Nun spielt der Herr Abg. Merk noch den wilden Mann. Er schilt über die „sonst übliche Vielrederei“ über die „gewohnte Langsamkeit der Verhandlungen“ und so habe er nicht wissen können, „daß die als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzte Behandlung dieses Antrages ausgerechnet schon in der ersten Sitzung aufs Programm kommen konnte.“ Aber der Herr Abg. Merk hat doch gewußt, daß sein Antrag

Regierungsrat Dr. Heideberger behandelte dasselbe Problem vom Standpunkt der höheren Schulen aus. Er gab zunächst einen Ueberblick über die Schülerbewegung an den höheren Schulen Badens unter Gegenüberstellung der Jahre 1913 und 1929. Er wies ebenfalls auf die Notwendigkeit hin, den Zugang zu den höheren Schulen zu beschränken, um deren Charakter als Ausbildungsstätte für Begabte zu wahren. Die seit Oftern 1930 eingeführte Aufnahmeprüfung durch einen Ausschuß habe sich im ganzen bewährt. Die Ergebnisse bei der Prüfung zeigten aber, daß die Prüfungsforderungen zu gering sind. Eine Beschränkung der Aufnahmen in die höheren Schulen ist nicht eingetreten. Der Weg, diejenigen Schüler, die von der Grundschule als geeignet bezeichnet werden, ohne Aufnahmeprüfung in die Sexte aufzunehmen, sei durchaus gangbar. Privatunterrichtete Schüler müßten eine entsprechende Prüfung ablegen. Die Probezeit von mindestens 1/2 Jahr müsse streng durchgeführt, nach Sachlage verlängert werden.

Ueber die Frage der Einführung von Abschlußklassen am Schluß der Unter- und der Mittelstufe der höheren Lehranstalten referierte Ministerialrat Dr. Steiner. Nach eingehender Begründung kam der Redner zu einer Ablehnung der Abschlußklassen. Er vertrat dabei den Standpunkt, daß es unmöglich sei, durch solche Maßnahmen den Zutrom zur Reifeprüfung einzudämmen. Man könnte höchstens daran denken, den Aufstieg in die Oberstufe von der Erreichung mindestens der Durchschnittsnote 8 abhängig zu machen. Für diese Maßnahme wäre der Uebergang von U II nach O II im allgemeinen der gegebene Zeitpunkt. Da aber noch für eine ganze Zahl von Verufen das Zeugnis der Primarstufe verlangt werde, müßte man vorberhand diesen Einschnitt nach O II verlegen. Es müßten dann zweierlei Arten von Zeugnissen, ein Kenntnis- und ein Befähigungszeugnis, aufgestellt werden. Eine Verstärkung der Reifeprüfung würde kaum zum gewünschten Ziele führen. Alle Maßnahmen, die eine Abzweigung an einer Vorklasse anstreben, würden wie ein Fremdkörper wirken und die höhere Schule belasten.

An diese mit großem Interesse aufgenommenen Referate, die nach im Wortlaut veröffentlicht werden, schloß sich eine mehrstündige Aussprache, in der das Für und Wider der einzelnen Vorschläge eingehend erörtert und reiche Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis des Schullebens und der Schulleitung gegeben wurden. Im allgemeinen war die Stimmung gegen die Einführung von Abschlußklassen und vorläufig für Beibehaltung der Aufnahmeprüfung in gewisser Umfang. Die einzelnen Disziplinsredner, die sich zum Teil auf beachtenswerte statistische Erhebungen stützten, beleuchteten die verschiedenen Punkte, sowohl vom Standpunkt der Volkshochschule, wie der höheren Lehranstalten, im besonderen auch der Mädchenhörschulen, und gingen zum Teil, neben den organisatorischen Fragen, auf tiefere liegende Probleme des heutigen Erziehungs-, Bildungs- und Berufswesens ein.

Nach einem kurzen Schlußwort der Referenten faßte Minister Dr. Kemmle das Ergebnis der bisherigen Besprechungen kurz zusammen. Er legte dabei seinen Standpunkt zu den Fragen der Aufnahmeprüfung und der Abschlußklassen dar. Eine Entscheidung des Ministeriums in diesen wichtigen Fragen sei noch nicht getroffen; die Konferenz habe zunächst den Zweck, eine allgemein orientierende Aussprache herbeizuführen. Die Volkshochschule müßte den heutigen Forderungen des Lebens angepaßt werden. Dabei müßte ihr wesentlicher Kern unbedingt erhalten bleiben. Der Minister ging sodann auf einzelne Sonderfragen der höheren Schulen ein und betonte vor allem die Notwendigkeit der Pflege eines guten sprachlichen Ausdrucks im Deutschunterricht. Er wies ferner darauf hin, daß wir zur Zeit in Baden, mehr aber noch in anderen Ländern des Reiches, zu viele Schulgattungen hätten. Auch hier müßte der Weg zu einer einheitlichen Linie gefunden werden.

Den Abschluß der Tagung bildete ein Vortrag von Oberregierungsrat Dr. Heideberger über die Schriftfrage. Der Redner wies überzeugend auf die Mängel der bad. Normalschrift hin und machte den Vorschlag, in Wäde die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Neugestaltung des Schreibens in Baden unter Zugrundelegung der Gütterlin-Schreibweise in die Wege zu leiten. Auch an diesen Vorschlag schloß sich eine kurze, zustimmende Aussprache an.

Mit Dank an die Referenten und alle Anwesenden für die Mitarbeit an der Besprechung schloß der Minister die mehr als sechsstündige Tagung.

auf der Tagesordnung stand! Also hätte er als Antragsteller dafür besorgt sein müssen, daß er antändig verteidigt worden wäre. Daß dies nicht geschehen ist, ist nicht die Schuld des Badischen Landtages, sondern einzig und allein die des Herrn Abg. Merk von Grafenhausen bei Wonnorf! Je mehr er dabei andere anfragt, desto mehr reißt er sich in den Sumpf hinein. Das große „Verteidigen“ im Führer zeigt nur zu deutlich, wie unangenehm den Herren ihre Niederlage ist!

Nun weiß auch der Herr Abgeordnete Merk, offenbar hat er das schon gelernt, daß der Sieb die beste Parade ist. Er spricht nämlich vom „alten Mägen“. Er sagt: „Die Herren von den Regierungsparteien machten wieder einmal das alte Mägen; sie erklärten in ihrem Unvermögen auf Durchführung einer Reform, es wäre Angelegenheit des Reiches, eine Reform durchzuführen.“ Das ist auch so, wenn es auch die Herren von Grafenhausen nicht einsehen können. Die Land- und Forstwirtschaftliche Unfallversicherung beruht auf einem Reichsgesetz. Sollen Änderungen erzielt werden, so müssen sie durch ein Reichsgesetz gemacht werden. Wir wundern uns, daß ein badischer Landtagsabgeordneter das nicht begreifen will. Der Herr Abg. Merk fragt: „Ist die Bad. Berufsgenossenschaft eigentlich eine badische oder eine Berliner Einrichtung?“ Es ist eine badische Einrichtung, die aber auf Reichsgesetz beruht. Baden ist nämlich ein Bundesstaat des Deutschen Reiches. Dies war schon vor dem Kriege so und nach dem Kriege ist es dies noch mehr. Wenn der nationalsozialistische Herr Abg. Merk diese Dinge nicht versteht, so können wir nichts dazu. Es bleibt ihm dann nur eines übrig, und diesen väterlichen Rat können wir ihm schon erteilen, daß er sich auf sein Stabquartier setzt und diese Dinge einmal studiert! Sonst kann es ihm passieren, daß er das Los der Landbinder teilt, über deren Sünden er ja eine so wunderbare Prosa für geschriebe hat. Denn mit Sprüchen und Phrasen kann man keine Politik treiben, am allermeisten dem schwerbelasteten Bauernstand helfen. Jedenfalls muß man etwas wissen, seine Kenntnisse praktisch anwenden und dabei sein. Wenn über einen Antrag den man gestellt hat verhandelt wird. Es ist grundfalsch einen Erfahmann zu stellen, der mit dem Hauptfache beginnt: „Ich verstehe von der Sache nichts!“ der Herr Abg. Merk schreibt dann noch den mächtigen Satz: „Wir Nationalsozialisten stehen sicher nicht im Ruf des feigen Verdächtens.“ Wir wollen zu diesem Satz nichts sagen. Der zu Ende gehende Landtag hat aber das Zeugnis darüber

bereits ausgestellt: „Die welche im Landtag am wenigsten auf ihrem Posten waren, sind und bleiben die Nationalsozialisten“!

Die Nationalsozialisten auf dem Lande

Vom Lande, das fortwährend vom Hagelwetter nationalsozialistischer Sprüche heimgegriffen wird, schreibt man uns: Die Nationalsozialisten glauben die Menschheit besonders zu beglücken, wenn sie jeden Sonntag die ohnehin geplagten Mitmenschen mit ihren unerfüllbaren Versprechungen heimsuchen.

Es ist keine besondere Leistung, wenn sie hinausgehen und ein von vielseitiger Sorge geplagtes Volk aufheben. Sie schimpfen über die Steuern; mer aber gegen Steuern spricht, den hört man überall gern; niemand bezahlt gerne Steuern. Der sie verbreiten sich demagogisch über die Arbeitslosigkeit u. a. m.

Die Nationalsozialisten glauben die Menschheit besonders zu beglücken, wenn sie jeden Sonntag die ohnehin geplagten Mitmenschen mit ihren unerfüllbaren Versprechungen heimsuchen. Nach dem, was man von den nationalsozialistischen Balgereien liest und hört, die gewöhnlich den Schluß aller ihrer Versammlungen von sensationslüsternen jungen Menschen aufgeführt werden, um wieder Neues zu sehen; das Theater dazu geben die Nationalsozialisten ab in der Kostümierung, in der Sprache und in der Szene — aber alles Theater.

In einer Gründungsversammlung vor Katholiken verkündete der nationalsozialistische Redner, er wäre einmal Zentrumsmann gewesen, von der Stellung der nationalsozialistischen Partei zu Religion und Kirche aber sprach er keine Silbe. Begreiflich! Den Zuhörern konnte er ja unmöglich sagen, wie sie sich bei den verschiedenen Anlässen zu Religion und Kirche gestellt hat.

Neue Oper

Zur Freiburger Aufführung von Hindemiths „Cardillac“.

Es ist sehr bequem, einen schwindelhaften Opernspielplan mit der Unwahrscheinlichkeit zu begründen, es gäbe eben heute nichts Besseres. Wohl muß man zugeben, daß man nicht gerade blindlings ins Bole greifen kann, um etwas Bedeutendes herauszuholen (aber wann gab es die Zeit?) — um so mehr sollte man sich mit den tatsächlichen Ansätzen beschäftigen, die manchmal sogar schon zu vollen Früchten ausgewickelt sind wie der „Cardillac“ von Paul Hindemith.

Ja, noch moderner! Und das Selbstsame geschieht: Selbst die, welche vorher des Schimpfens kein Ende fanden, verhalten sich hier zumindest ruhig, vorausgesetzt natürlich, daß sie überhaupt noch Aufmerksamkeit besitzen. Schlagender Beweis ist die Anerkennung, mit der die Aufführung des „Cardillac“ im Freiburger Stadttheater aufgenommen wurde.

Paul Hindemith ist Erzähler und, was heute manchmal nicht vorkommt, ein erfolgreicher. Er hat praktisch die vielbesprochene Aufgabe begonnen, wieder Beziehungen von der Kunst zum „Publikum“ zu knüpfen. Seine Arbeit für die aus der Jugendbewegung hervorgegangene Singkreise, die einen bedeutsamen Faktor in der Erneuerung der Musik darstellen, hat starken Anlaß gefunden. Die neuen Stücke für ausgeprobenen Violoncellisten werden ihre Wirkung nicht verfehlen. So ist auch Hindemiths Oper „Cardillac“ ein zugänglicher Weg zur neuen Musik, weil die streng geschlossene Einheit des Werks mehrere Ausgangsmöglichkeiten

Volkes und der christlichen Weltanschauung betreten, und zum Großteil durchzuführen vermocht, im Gegensatz zu jenen, die ihr diese Koalition nicht verzeihen wollen, und in der Opposition jammerten. Und noch mehr hätte wohl erreicht werden können, wenn die Kritiker von gestern und heute sich an seine Seite gestellt hätten. Darum steht aber um so mehr das katholische Volk treu zur altbewährten Zentrumsmannschaft.

Aus der Freidenkerversammlung vom Samstag in Freiburg

Die auch in der Freiburger Zeitung angekündigte proletarische Freidenkerversammlung im Feierlingaal war von etwa 180-200 Personen besucht. Aus der wüsten Schimpferei, die dabei der aus Berlin bezogene Kommunist löst, wollen wir nur einige Proben geben. Er rühmte sich, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Höhr im Reichstag wortwörtlich gesagt zu haben: „Ihre Religion stinkt drei Meilen gegen den Wind nach Petroleum, und zwar deswegen, weil Sie die Geschäfte der Petroleummagnaten besorgen.“

Die Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ beschlagnahmt

Mannheim, 3. Juni. Von der Polizeibehörde wurde die Montag-Ausgabe der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ beschlagnahmt. Wie wir hierzu von zuständiger Stelle erfahren, stützt sich diese Maßnahme auf § 5 Abs. 4 und 12 des Neupublizitätsgesetzes. Das Blatt hat in den letzten Nummern und auch am Montag Artikel veröffentlicht, die aufreizenden Inhalt hatten. Die Beschlagnahme ist nicht, wie ein Ludwigshafener Blatt meldet, auf Veranlassung der Staats-

Die „Deutsche Ärzte Zeitung“ (1930 Nummer 207) schreibt: „... 1 Liter Milchkatheiner ist ebenso nahrhaft wie ein halbes Pfund Rindfleisch, aber — viel leichter verdaulich!“ Rezept: zur Hälfte doppelstarker Kathreiner, zur Hälfte Milch!

anwaltschaft erfolgt. Wie wir auf Anfrage erfahren, ist bei ein Verfahren bisher noch nicht anhängig.

Die kommunistische Presse pflegt über jede derartige Beschlagnahme das übliche Gezeter anzuschlagen. Dabei handelt es sich in solchen Fällen ja nicht um die Bekämpfung des Kommunismus — die ist eine Sache für sich — sondern nur um die der Freiheit entsprechende Ohrfeige. Wie würde es der kommunistischen Presse ergehen, wenn sie einmal in Deutschland mit den Mitteln bekämpft oder behandelt würde, die der russische Bolschewismus gegen seine Gegner anzuwenden gewohnt ist?

Kirchliche Nachrichten

Weinheim. Der Cäcilienverein wird am 5. Juni d. J. um dem um die „Neue Musik“ sehr verdienten Alphons Reicheberg ein Konzert mit „Neuer Vokalmusik“ veranstalten, in welchem, außer einer Reihe anderer Arr- und Erstaufführungen, ein neues Werk von Joseph Haas zur Erstaufführung bringen. Es handelt sich um die „Gefänge der Sehnsucht“ mit dem Interim Antike Gefänge für Solostimme und Chor mit Klavier. Die- sem Werk liegen für originale Melodien aus dem gregorianischen Choral zu Grunde, zu denen der Komponist unter strengster Einhaltung der alten Kirchennotarier eine Klavierbegleitung geschrieben hat, die eine vorzügliche linear entwickelte Bewegung der Stimmen zur Anwendung bringt. Hugo Hermann, der bekannte Komponist, wird die Klavierbegleitung der „Gefänge der Sehnsucht“ übernehmen und auch die Solisten, Frau Hedwig Cahn aus Stuttgart, am Flügel begleiten.

Vermischte Nachrichten

Beträchtlicher Hochwasserschaden. Gernersheim, 3. Juni. Nach dem Fallen des Rheinwassers hat man festgestellt, daß der im vorigen Jahre neu erbaute Rheindeich am ehemaligen Einfluß des Ringensfelder Altkreins gebrochen ist. Der Durchbruch ist etwa 100 Meter lang, der Schaden wird auf 20 000 M. geschätzt.

Verzweiflungstat einer Mutter. Untertürkheim, 3. Juni. In einem Hause der Langestraße ver- suchte eine 27 Jahre alte Frau durch Entfernung der Verschluß- kapsel an der Gasleitung sich und ihre drei Kinder im Alter von 8, 7 und 4 Jahren, sowie ihren 23jährigen in ihrer Wohnung befindlichen Bruder zu töten. Die Tat wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt, so daß alle fünf gerettet werden konnten. Während sich die drei Kinder und der Bruder wieder rasch erholten, machte die Täterin nach dem Krankenhaus übergeführt werden.

Tödlicher Motoradunfall. Ludwigshafen, 3. Juni. Auf der Straße Ludwigshafen-Flug- feld überführten zwei Reichwehrtangehörige in hartem Tempo die schmale Kurve und wurden von der 6. Km. des Inf.-Regts. 13, der Fahrer, Gefreiter Förster von der 6. Km. des Inf.-Regts. 13, wurde gegen einen Baum geschleudert und so schwer verletzt, daß er wenige Stunden nach seiner Entlieferung ins Standortlazarett starb. Der Fahrer selbst, der erst einen Tag im Besitz eines Führerscheins war, erlitt eine Gehirnerschütterung.

Vom Auto erfaßt. Friedrichshafen (Bodensee), 3. Juni. Der 23jährige Kupferstecher Wendler aus Friedrichshafen wurde auf der Landstraße von einem Kraftwagen erfaßt, an einen Randstein geschleudert und sofort getötet. Wendler hatte, um einen verlorenen Gegenstand zu suchen, mit seinem Fahrrad kehrt gemacht und war dabei von dem Auto erfaßt worden.

Wetterbericht. Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, den 3. Juni. Auch gestern kam es im ganzen Lande zu Wärmegewittern, die stellenweise schweren Charakter hatten. Dabei fielen erhebliche Regenmengen (Karlsruhe 20 Millimeter). Ein Kaltluftvorstoß, der schon vor einigen Tagen über Nordosteuropa erfolgt ist, bringt erheblich durch Strahlungen angewärmt, zu uns vor. Er wird geringen Temperaturrückgang und besonders im Süden des Landes fröhliche Niederschläge bringen. Voraussichtliche Witterung für Mittwoch: Kübler und vielfach wolfig, fröhliche Gewitterregen, besonders im Süden des Landes, aufsteigende nach Norden drehende Winde. Wasserstände des Rheins am Dienstag, 3. Juni, morgens 8 Uhr: Badesut 844, gest. 1; Basel 168, gest. 11; Schupfinsel 235, gest. 10; Rehl 833, gest. 2; Mainz 632, gest. 4; Mannheim 442, gest. 2; Gaub über 2 Meter.

der die Bilder Colter bam ten Goontes sehr entgegen- kamen. Die Massenzugene verrieten größtes Verständnis und fauberje Ausarbeitung. Von den Darstellern kann Matu- gewest für sich in Anspruch nehmen, daß sein Organ der Melo- die eines Hindemith am meisten entspricht. Die Darstellung des Goldschmieds Cardillac durch Fritz Reumayer war sehr abge- rundet, wenn auch der Sänger, der über eine sehr große und volle Stimme verfügt, auf weiche, dem Werk nicht entsprechende Modu- lationen nicht ganz verzichtete konnte. Franz von Dobby als Tochter Cardillacs und Eva Goldbach als Dame gaben charak- teristische Leistungen. Sehr schwach war Koresl als Offizier. Ohne weiter darauf eingehen zu wollen: Es ist bezeichnend für beide Theater, daß Karlsruhe mit der „Freigroschenoper“ herauskam und Freiburg mit dem „Cardillac“. Karlsruhe hat sein Charakteristikum in Freiburg gezeigt. Sollte das nicht auch Freiburg in Karlsruhe? Es steht nichts auf dem hiesigen Spielplan, was mehr als Gastspiel geeignet wäre. O. K.

Musik in Konstanz um das Jahr 1500

Unter dieser Ueberschrift wird im Rahmen der Badener Heimat- tage im Juli in der Kunsthalle Karlsruhe eine Morgenfeier statt- finden, bei welcher der Badische Kammerchor unter der Leitung von Franz Philipp und in Verbindung mit dem Musikhistoriker Dr. D. zur Redden Teile aus dem Chorals Constantinus, dem umfangreichen Motettenwerk Heinrich Isaaks, des großen Kom- ponisten der Niederländerperiode, zum Vortrag bringen wird und bei welcher ein einführender Vortrag das musikalische Kulturbild jener Tage entwerfen wird. Unter der gleichen Ueberschrift bringt jener focher erschienene Ratheft der „Zeitschrift für Musikwissen- schaft“ (Leipzig, Breitkopf u. Härtel) einen längeren Aufsatz von Dr. D. zur Redden, in dem auf Grund weitreichender Archivfor- schung das Konstanzer Musikleben um 1500 erstmalig als eine ab- geschlossene geschichtliche Erscheinungsform, eine Blütezeit der Musik in Konstanzer Münster und als eine letzte Art des noch in voller Wuchtershaltung stehenden Domkapitels, kurz vor dem Ausbruch der Reformationswirren, dem Anbruch eines neuen Zeitalters, der Reformationswirren, dem Anbruch einer neuen Bedeutung dargestellt wird. Von besonderer Bedeutung erscheint die Tat- sache, daß das oben genannte große Motettenwerk, der Chorals Constantinus Heinrich Isaaks, das erste Werk, welches die Offi- zianten des ganzen Kirchenjahres in mehrstimmiger Bearbeitung zeigt, nicht, wie bisher angenommen wurde, der Kunstpfege am Hofe Kaiser Maximilians entsprang, sondern im Auftrag des Konstanzer Domkapitels geschrieben und von der Konstanzer Dom- kantorei gesungen wurde. Der Aufsatz, dem ein anschauliches zeit- genössisches Bild aus einer Luzerner Bilderchronik von 1513 bei- gegeben ist, stellt eine wichtige, grundlegende Studie zur ober- rheinisch-badischen Musikgeschichte dar.

# Badischer Landtag

## Sitzungsbericht

Karlsruhe, 3. Juni.

Präsident Duffner eröffnet die Sitzung kurz nach 8 Uhr. Nach Bekanntgabe der zahlreichen Eingänge kommt eine Mitteilung des Innenministeriums über die Unwetterschäden im Elstal zur Besprechung. Die Regierung erklärt, daß die Abschätzung der Schäden noch nicht abgeschlossen sei. Doch könne von einer Katastrophe nicht gesprochen werden. Nach Beantwortung einer deutschnationalen kurzen Anfrage berichtet Abg. Dr. Leers (Dem.) über die Mandatsübertragung des Abg. Dr. Trunt (Ztr.) und dessen Nachfolger im Landtag. An Stelle des ausgeschiedenen Dr. Trunt tritt Schmiedemeister Ulrich aus Baden-Baden, der vom Präsidenten begrüßt, sofort auf seinem Abgeordnetenplatz Platz nimmt. Der Präsident bedauert die Mandatsübertragung des Abg. Trunt und gedenkt der bedeutenden Arbeit und verdienstvollen Tätigkeit, die der Minister Trunt in sechsjähriger Tätigkeit für das badische Land, insbesondere in den schweren Tagen der Revolution geleistet hat.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) berichtet über einen Gesetzentwurf wegen Änderung des Polizeibeamtengesetzes. Danach soll die Bestimmung, daß die Beamten des uniformierten Außendienstes der Polizei und der Gendarmerie nach Vollendung des 60. Lebensjahres ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden können, sofern sie den Höchstbetrag des Ruhegehaltes erreicht haben, auch auf die Beamten des Kriminal- und Fahndungsdienstes Ausdehnung finden. Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Es erfolgt der Bericht des Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) über den Gesetzentwurf wegen

### Änderung des Viehsteuergesetzes.

Darnach soll im Interesse der Befleunigung des Entschädigungsverfahrens die Entscheidung über die Entschädigungsansprüche an Stelle des Bezirksrates dem Bezirksamt übertragen werden. Gegen die Entscheidung des Bezirksamtes sei nach dem Beschluß des Rechtsprüfungsausschusses die Beschwerde an den Landeskommissar zulässig. Dieser entscheide endgültig.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) motiviert seine ablehnende Haltung damit, daß selbst die Regierung den Rekurs nicht für notwendig halte.

Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) vertritt den Standpunkt der Zentrumsfraktion und weist auf die Notwendigkeit des Rekurses an den Landeskommissar im Interesse der Aufrechterhaltung des Rechtsschutzes und der Rücksichtnahme auf das Rechtsempfinden des Volkes hin.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung in der Ausschussfassung mit großer Mehrheit angenommen.

### Abg. Kühn (Ztr.)

erläutert einen ausführlichen Bericht über das Gesuch des badischen Städteverbandes wegen Einführung von Gefahrenklassen in die Gebäudeversicherung und berührt in seinem Berichte das ganze Problem der Brandversicherung. Die Vorschläge des Städteverbandes seien nicht ohne Bedenken, wobei man nicht verkennen dürfe, daß Verbesserungen dringend notwendig seien. Es müsse aber auf die durch Unwetterschäden, Mißwachs usw. schwer geschädigte Landwirtschaft Rücksicht genommen werden. Der Antrag des Ausschusses geht auf Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme.

### Abg. Dr. Föhr (Ztr.)

anerkennt die Gründlichkeit des Berichtes und weist darauf hin, daß das Zentrum seine alte Gegnerchaft gegen die Einführung der Gefahrenklasse im Interesse der schwer notleidenden landwirtschaftlichen Bevölkerung aufrecht erhalte. Es müsse in der Zukunft soweit kommen, daß auch für reparaturbedürftige ältere Gebäude Zuschüsse aus der Gebäudeversicherung gegeben werden. Das führe sicherlich auch zur Eindämmung der Brandschäden. Die bisherige Uebung, Zuschüsse zur Umdeckung von Schindeldächern zu geben, müsse auf die Umdeckung von Strohdächern, die nicht weniger feuergefährlich seien, ausgedehnt werden.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) hält eine Änderung mit Rücksicht auf die katastrophale Lage der Landwirtschaft augenblicklich nicht für geboten.

Abg. von Au (Wirtsch.-Partei) weist darauf hin, daß das Gesetz veraltet sei. Es sei nicht nur notwendig, die Gefahrenklasse einzuführen, sondern auch das Recht der Gebäudeversicherung auf die Selbstverwaltung.

Abg. Hilpert (Wirtsch.-Partei) anerkennt den berechtigten Kern der städteverbandlichen Eingabe, erklärt es aber für unzulässig, eine Änderung des Gesetzes im jetzigen Augenblick im Hinblick auf die Notlage der Landwirtschaft vorzunehmen.

### Minister des Innern Wittmann

bezeichnet ebenfalls den jetzigen Zeitpunkt zur Änderung des Gesetzes, das zwar in manchen Dingen veraltet sei, als nicht gerade opportun. Man könne später einmal daran denken, das Gebiet der Selbstverwaltung in das Gesetz einzuführen. Die Kritik an der Aufstellung der Verwaltungsratsmitglieder durch Ernennung statt durch Wahlen gehe insoweit fehl, als die Regierung vor der Nominierung immer mit den betreffenden Wirtschaftsverbänden in Fühlung trete. Das badische Gesetz sei zwar alt, aber andere Länder hätten noch ehrwürdigeres Gesetz. Man könne jetzt bei der Notlage der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die Änderung gerade dieses Gesetzes mit der Folge von Mehrbelastung die Umstände draußen im Lande nicht verteidigen. Die Städte, deren Belastung wirklich hart sei, könnten auf dem Weg über die Höchstzuschüsse einen gewissen Ausgleich erfahren. Auf dem Lande sei bei Bränden vielfach nicht böser Wille, sondern schlechte Verhältnisse und veraltete Bauten verantwortlich. Doch dürfe wohl an die Gewässer und zum vorsichtigeren Umgang mit Feuer und Licht appelliert werden. Die Regierung sehe einer Ausdehnung der Zuschüsse für Umdeckung von Strohdächern durchaus sympathisch gegenüber.

Die Eingabe wird daraufhin einstimmig der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Abg. Dr. Leers (Dem.) berichtet über die Behandlung der vom Landtag 1928/29 beschlossenen Anträge. Der Bericht wird ohne Debatte einstimmig zur Kenntnis genommen, ebenso der vom Abg. Berberich (Ztr.) erstattete Bericht über das Ergebnis der Prüfung der Landtagsrechnung.

Abg. Dr. Leers (Dem.) berichtet über die Behandlung der Gesuche von Strafgefangenen. Der Landtag beschließt, an der bisherigen Uebung festzuhalten.

### Abg. Eigenlaub (Ztr.)

begründet eine förmliche Anfrage der Zentrumsfraktion, die die Regierung veranlassen soll, die Hochwasserschäden im Elstal und in den Rheingemeinden im badischen Mittelland, wo vielfach fast die ganze Ernte vernichtet wurde und auf Jahre hinaus die kommenden Ernten wesentlich beeinträchtigt sind, zu untersuchen und die nötigen Mittel zur Unterstützung der hart geprüften Anwohner zu finden.

Abg. Recheiter (Komm.) begründet eine kommunalistische Interpellation ähnlicher Art.

Die Zentrumsinterpellation der Hochwasserschäden wurde vom Regierungsvertreter wie folgt beantwortet:

Ueber den Umfang der Hochwasserschäden liegen bis jetzt nur vereinzelte und auch nur vorläufige Berichte vor, die aber alle erkennen lassen, daß der Umfang der Schäden, abgesehen vom Bezirk Badkirch und einigen Rheingemeinden, nicht denjenigen vom Jahre 1927 erreichen würde. Auch die persönliche Rückschau des Ministers

im Gebiet der Elz bestätige diese Annahme. Nach Abfluß des Hochwassers werde eine genaue Ermittlung der Schäden durch die Bezirksämter erfolgen, selbstverständlich im Benehmen mit den betreffenden Gemeinden und den Geschädigten selbst. Soweit Mittel zur Verfügung ständen, sei die Regierung bereit, den in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Hochwasserschädigten eine Beihilfe zu gewähren. Auch die Finanzämter hätten Ermittlung wegen Gewährung von Steuererleichterungen angestellt. Eine Bereitstellung von Geldmitteln in dem Umfang, wie es in der Anfrage der Abg. Recheiter u. Gen. gewünscht wird, könne jedoch nicht in Betracht kommen, da Mittel in diesem Umfang nicht vorhanden seien, und dann aber auch, weil die Schäden nicht so groß seien. Wo Flutregulierungen notwendig seien, müsse erst noch untersucht werden.

Abg. Hagin (Wirtsch.-Partei) setzt sich ebenfalls für die Hochwasserschädigten ein.

### Abg. Kühn (Ztr.)

bedauert zunächst die Lage der Hochwasserschädigten. Es wäre den betroffenen Gemeinden viel lieber, wenn durch eine großzügige Korrektur in Zukunft der Hochwasserlauf wirksamere Schranken gesetzt werden könnten. Der komm. Antrag wäre ein reiner Agitationsantrag und müsse infolge der Nichtberücksichtigung der realen Verhältnisse nur abgelehnt werden. Die mittelbadische Rheinebene, insbesondere die Orte des Bezirks Rastatt, leiden ungeheuer unter dem Hochwasser, die nun innerhalb von vier Jahren dreimal schwere wirtschaftliche Katastrophen für die Rheinanlieger herbeigeführt hätte. Trotz des einstimmig angenommenen Antrags Kühn im Jahre 1927 wegen flutbautechnischer Maßnahmen sei an der Murg und an den Rheindämmen noch nichts geschehen. Durch die schwierige Finanzlage des Landes sei es natürlich schwer, an die Durchführung der Maßnahmen zu denken. Die Regierung müsse erachtet werden, die technischen Maßnahmen mit größter Beschleunigung vorzubereiten und durchzuführen, die Entschädigungen für stark geschädigte Landwirte vorzusehen und bei Steuernachlässen nicht kleinlich zu sein. Die Lage der Bevölkerung sei äußerst schwierig, Armut herrsche überall. Ein weiterer Wunsch geht darauf hinaus, in der Laub- und Waldstreufe den Gemeinden weitgehend entgegen zu kommen, da das Futter und das Streu zum größten Teil verloren gegangen sei. Der Bezirk Rastatt habe die größte Erwerbslosigkeit und verdiene in allen seinen Teilen die größte Berücksichtigung von Seiten der Regierung.

Abg. Eigenlaub (Ztr.) erklärt sich mit der Antwort der Regierung zufrieden, während der Abg. Recheiter (Komm.) unter verschiedenen Ausfällen gegen den Abg. Kühn sich als nicht befriedigt bezeichnet.

Die komm. Anträge werden mit großer Mehrheit reiflos abgelehnt.

Abg. Kühn (Ztr.) weist die komm. Angriffe zurück und charakterisiert den Schwund, den die Kommunisten mit den Hochwasserschädigten treiben.

Abg. Hilpert (Wirtsch.-Partei) begründet eine förmliche Anfrage wegen der wirtschaftlichen Lage des Zollausschlußgebietes Jettetten.

### Minister des Innern Wittmann:

Die Klagen aus dem Zollausschlußgebiet seien der Regierung sehr gut bekannt. In den ersten Jahrzehnten, in denen das Zollausschlußgebiet bestanden habe, sei es ein Vorzug gewesen, später habe es sich allerdings zu Ungunsten der Bevölkerung entwickelt. Seine plötzliche Aufhebung würde aber von großem Nachteil sein. Er sei der Meinung, daß man den jetzigen Zustand beibehalten lassen solle. Die Regierung werde nach wie vor dafür besorgt sein, daß die Bergunterschieden, die für die Ausfuhr aus dem engen Zollausschlußgebiet in das weitere badische Gebiet bestehen, ausgedehnt werden auf das ganze Deutsche Reich und daß sich die Verkehrsverhältnisse auch auf die gemäßigten Erzeugnisse inländischer Herkunft erstreckt. Man dürfe allerdings nicht vergessen, daß diese Frage keine rein badische Angelegenheit sei, sondern das Reich berühre. Was aber die Regierung in dieser Sache tun könne, um die Lage des Zollausschlußgebietes zu erleichtern, werde geschehen. Der Wunsch nach einer Verbesserung der Postverbindung nach Jettetten werde mit allem Nachdruck an die Oberpostdirektion Konstanz weitergeleitet.

### Abg. Dr. Föhr (Ztr.)

freut sich über die Willigkeit der Regierung, mit allen gebotenen Mitteln und der gebotenen Form den Wünschen der Bevölkerung des Zollausschlußgebietes Jettetten Nachdruck zu verleihen. Die Lage des Zollausschlußgebietes sei bekannt und er habe schon vor Jahren an der allermaßgebendsten Stelle sich für die Aufrechterhal-

tung des Zollausschlußgebietes und die Besserung der dortigen Verhältnisse eingesetzt. Die Lage sei deshalb katastrophal, da das Reich daran denke, den Zollausschluß abzuschaffen. Durch die Interpellation und die Reform sei die Gefahr heraufbeschworen, daß das Reich wieder aufmerksam gemacht, die Abschaffung durchzuführen, während man in den letzten Jahren mit allen Mitteln in Berlin habe dafür kämpfen müssen, daß wenigstens der jetzige Zustand als beruhend erklärt worden sei. Die ganze Frage sei zur Behandlung im Landtag nicht reif und müsse behutsam angefaßt werden, sonst ginge es wie mit den Einfuhrzöllen, über die man immer gesprochen habe und die jetzt durch das Reich abgeschafft worden seien. Wenn die Gefährdung des Zollausschlußgebietes akut werde, sei der Abg. Hilpert nicht unschuldig daran.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) und Abg. Großhans (Soz.) erklären sich mit den Ausführungen des Abg. Dr. Föhr einverstanden.

Abg. Hilpert (Wirtsch.-Partei) meint, die Gefahr der Aufhebung des Zollausschlußgebietes sei nicht so akut, während Minister des Innern Wittmann aus den Akten die Größe einer Gefahr bestätigt.

Abg. Dr. Waldel (D.M.P.) berichtet über ein Schreiben des Finanzministeriums wegen Kanalisation, das ohne Debatte zur Kenntnis genommen wird.

Des Weiteren werden noch eine größere Anzahl von Gesuchen im Sinne der Ausschlußbeschlussefassung verbeschiedet.

Schluß der Sitzung 12¼ Uhr.

## Die Nachmittagsitzung

Die Nachmittagsitzung beginnt vor fast leeren Tribünen erst gegen 6 Uhr, da der Vertrauensmännerverschluß erst in dieser Zeit seine Beratungen abschloß.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) wendet sich in einer persönlichen Erklärung gegen einen Artikel des „Bad. Beobachters“, worin Stadtpfarrer Kapf-Ettlingen die Rede des Abgeordneten vom 1. April einer scharfen Kritik unterzogen hatte.

Abg. Dr. Baumgartner (Zent.) erklärt, daß die Zentrumsfraktion sich die Stellungnahme zu dieser Erklärung vorbehalten habe.

Präsident Duffner verkündet den Eingang folgenden Koalitionsantrages, der dem Haushaltsausschuß überwiesen wird:

„Die Interpellationen beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im Hinblick auf die jetzt zunehmende Zahl von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern und die dadurch verursachten, von den Gemeinden kaum noch zu tragenden Lasten, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß mit größter Beschleunigung alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger für die Dauer der Erwerbslosigkeit in der Krisenperiode verbleiben, oder, sofern dieses Ziel nicht sofort erreichbar ist, zum mindesten denjenigen Gemeinden, welche unter einer besonders großen Arbeitslosigkeit leiden, ausreichend Reichsmittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden.“

Abg. Seubert erläutert einen gründlichen Bericht über die Aufhebung des Gesetzes über die Ermächtigung des badischen Finanzministeriums zum Abschluß eines Vertrages mit dem Kreis Karlsruhe zwecks Weiterführung von Nebenbahnen vom 22. Dezember 1920.

Abg. Hoffing (Dem.) betont, daß der Staat als Schutzpatron für die Nebenbahnen, die keine Veranlassung im Eisenbahnvertrag mit dem Reich gefunden hätten, aufzutreten müsse. Die Konkurrenz der Autos gegenüber den Privatbahnen müßte beurteilt werden. Die Regierungsentscheidung über die Erhaltung lebensfähiger Privatbahnen müsse beschleunigt vorgelegt werden.

Der Abg. Hermann (W.P.) und Frau Abg. Richter (Dnatl.) bringen Nebenbahnwünsche vor.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet des Weiteren über ein Gesuch der höheren Beamten, Landesverbände Baden, wegen der Entschädigung der während der Besetzung Offenburgs inhaftierten Beamten. Das Gesetz wird in dem Sinne der Regierung empfohlen überwiegen, daß die in Gefangenschaft verbrachte Zeit als Kriegsdienst anzurechnen sei. Abg. Seubert (Ztr.) erstattet dann einen Bericht über das Gesuch der Stadtgemeinde St. Blasien wegen Fortführung der Dreiseisenbahn. Der Berichterstatter stellt gegen-

## Stimmungsbild

Karlsruhe, 3. Juni 1930.

W. A. Je näher das Ende des Landtags tritt und die großen parlamentarischen Ferien winken, desto vorbildlicher wird die Arbeitsmethode des Landtagsplenums. So wurden heute eine große Anzahl von Vorlagen und förmlichen Anfragen, die sonst Anlaß zu großen ausladenden Debatten gegeben hätten, in geradezu klassischer kurzer Redezeit erledigt. Die Opposition hat sich dazu beeignet, etwas sachlicher zu arbeiten wie ehedem. Die Nationalsozialisten, die manchmal gar nicht und vielfach nur mit einem einzigen Vertreter im Plenum anwesend sind, und damit dem Volke so recht die Pflichtauffassung der Männer des „dritten Reiches“ demonstrieren, beteiligen sich überhaupt nicht mehr an der Debatte. Nur vor der Landtagsvertagung hat die Zusammenziehung der Zentrumsfraktion eine Änderung erfahren. Justizminister a. D. Dr. Trunt ist aus dem Landtag ausgeschieden und an seine Stelle Schmiedemeister Ulrich von Baden-Baden nachgerückt. Die warme Hervorhebung der großen Verdienste des früheren Justizministers um das Land Baden, besonders in den stürmischen Tagen der Revolutionszeit und im besonderen um die badische Rechtspflege, deren Niveau im ganzen Deutschen Reich als vorbildlich anerkannt wird, war durchaus am Platze. Mit Ulrich zieht ein weiterer praktischer Handwerkermeister, ins Konstell ein und keine Partei kann damit mehr an Vertretern des gemäßigten Mittelstandes aufweisen, als gerade die Zentrumsfraktion, die schon auf Grund ihres Programms im Rahmen des Allgemeinpolitischen sich immer schüßend vor den heutigen stark bedrohten Mittelstand gestellt hat. Wo freilich die politische Idee fehlt, da bricht immer wieder Spaltung auf. Ein heiteres Beispiel dazu lieferte die Wirtschaftspartei bei der Behandlung einer Eingabe des Städteverbandes wegen Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes. Der eine Wirtschaftsparteiler, Herr von Au, verlangte als Haus- und Grundbesitzer bei der Brandversicherung die Einführung von Gefahrenklassen, also rund herausgefragt eine starke Mehrbelastung der ländlichen Bevölkerung, während der andere Wirtschaftsparteiler, der Abg. Hilpert, sich mit allen Kräften gegen die von jenem Fraktionsfreund geforderte Gesetzesänderung zur Wehr setzte. Der wirtschaftspolitische Egoismus mit seiner politischen An-

stimmungslosigkeit war noch selten so deutlich in Augenchein getreten, als bei diesem Vorfall, wo die Wirtschaftspartei den Kampf ihrer zwei Seelen vor der Deffenlichkeit des Landtags zum Austrag brachte. Bei der Behandlung der vom Zentrum eingebrachten und vom Abgeordneten Eigenlaub wirkungsvoll begründeten Interpellation, die durch die sachliche Ausführung des Abg. Kühn vom Zentrum eine wertvolle Erläuterung mit praktischen Anregungen erhielt, war sich das Haus und die Regierung über die Notwendigkeit einer alsbaldigen Hilfsaktion durchaus einig. Nur dem Kommunisten Recheiter blieb es vorbehalten, aus der durch höhere Gewalt verursachten wirtschaftlichen Notlage eines sowieso unter der Not stark leidenden badischen Volksteils eine politische Frage zu machen.

Eine wohlverdiente politische Niederlage wurde dem Bauernpartei-Hilbert beigebracht, der nach kurz vor Schluß des Landtags eine kleine Agitations-Interpellation wegen der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Zollausschlußgebiet Jettetten recht pfiffig anzuordnen veruchte, ohne daß er aber diese schwierige Materie gründlich durchgearbeitet und nach allen Seiten gründlich überlegt hatte. Der Abg. Dr. Föhr verstand es, dem überfertigen Bauernpartei nachzuweisen, daß seine Aktion nicht nur nichts nütze, sondern geradezu die Gefahr der Aufhebung des Zollausschlußgebietes durch den Reichsfinanzminister provoziere und damit die Bevölkerung wirtschaftlich stark benachteilige. Diesen Standpunkt vertrat nicht nur der Zentrumsredner, sondern auch der Demokrat Dr. Wolfhard und der Sozialdemokrat Großhans, der allerdings bei der politischen Parteilichkeit des Interpellanten mildernde Umstände gelten ließ. So geht es allemal, wenn man statt an die Sache, nur an die Wahlstimmen denkt.

In einer persönlichen Bemerkung, die die Erklärung des Herrn Defans Kapf von Ettlingen im „Bad. Beob.“ betraf, konnte der Herr Abg. Dr. Wolfhard in den peinlichen Eindruck nicht abschwächen, daß er, der in seinem sonstigen Beruf als Richter fungiert, seine Angriffe gegen den Stadtpfarrer von Ettlingen auf Schülereigenschaft und Weichheitsberedtheit stütze. Der Vorwurf ganz einseitiger und damit ungenügender Informierung bleibt daher auf ihm sitzen.

über der Auffassung der Reichsbahn ausdrücklich fest, daß die Inangriffnahme einer Bahnlinie, soweit im Staatsvertrag festgelegt, nicht nur dem willkürlichen Ermessen der Reichsbahn überlassen sein könne. Da müsse doch auch der andere Partner gehört werden, die Höhe der Kosten könne als Ablehnungsgrund nicht hingenommen werden. Das Gesuch wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Abg. Seubert (Ztr.) berichtet sodann über verschiedene Gesuche, die die Verletzung des Patents Gildard von Schwabingen nach Bruchsal zurückgenommen wissen wollen. Die Gesuche werden nach kurzen Ausführungen des Abg. Brigner (lib.) durch Uebergang zur Tagesordnung verbeschieden.

Abg. Dr. Person (Ztr.) berichtet über ein Schreiben des Rektors und Senats der Technischen Hochschule Karlsruhe wegen der vom Landtag vorgenommenen Erziehung von 10 000 M. für

das deutsche akademische Olympia für das Jahr 1931. Das Gesuch wird einstimmig der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Abg. Gaas (Ztr.) berichtet über das Schreiben des Innenministers über das Verlangen bei den Gemeinde-, Kreis- und Bezirksratswahlen, das darin gipfelt, die bei den letzten Kommunalwahlen aufgetretenen Mängel nach Möglichkeit zu beseitigen. Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

Abg. Marxhoff (Soz.) berichtet über ein Gesuch der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wegen der durch das Schankstättengesetz festgesetzten Polizeigebühren, deren Handhabung und soziale Auswirkung. Das Gesuch wird ohne Debatte der Regierung zur Kenntnis überwiesen.

Schluß der Sitzung gegen 1/2 11 Uhr. Nächste Sitzung am Mittwoch vormittag 10 Uhr.



### Der Senior der deutschen Bischöfe gestorben

Der Bischof von Augsburg, Dr. Maximilian Ritter von Ringg starb im Alter von 89 Jahren. Mit ihm ist der älteste der Kirchenfürsten dahingegangen. Die kirchliche Beisetzung im Dom zu Augsburg findet heute Mittwoch, den 4. Juni, statt.

## Badische Chronik

### Amerikanischer Botschafter Sadtell ehrt einen Heidelberger Gelehrten

Heidelberg, 3. Juni. Die american geographical society hat dem bedeutenden deutschen Geographen Geh. Hofrat Prof. Dr. Sadtell von Heidelberg in Anerkennung seiner Verdienste die Collum-Goldmedaille verliehen. Bedeutet diese Ehrung an sich schon eine Auszeichnung, so erhielt sie noch dadurch eine besondere Note, daß der amerikanische Botschafter Sadtell, der Nachfolger des unfero Ruperto Carola so verdienten Botschafters Schürmann, dem Gelehrten selbst die Medaille überreichte und damit seinen ersten Besuch in Heidelberg verband. Zu dem Festakt hatten sich der Engere Senat und Mitglieder der philosophischen Fakultät am Montag nachmittag 6 Uhr im Rektoratszimmer versammelt. Der Rektor der Universität Prof. Dr. Göttschlich gedachte in seiner Begrüßung der Bedeutung der Stunde, in der Sadtells Nachfolger den verdienten Gelehrten und damit die Universität ehrt und so die Tradition seines Vorgängers aufnehme. Nachdem der Botschafter Sadtell, der, wie er bemerkte, leider seit seiner Jugend die deutsche Sprache gelernt habe, eine englische Ansprache gehalten hatte, in der er Sadtells Verdienste um die geographische Forschung würdigte, überreichte er ihm im Auftrag der amerikanischen geographischen Gesellschaft die goldene Medaille. Prof. Dr. Sadtell dankte dem Botschafter und der Gesellschaft für die hohe Ehre und Auszeichnung, die nicht nur ihm, sondern der ganzen deutschen Wissenschaft gelte. Er gedachte anerkennend der Verdienste amerikanischer Gelehrter und Forscher, deren Arbeiten bahnbrechend gewesen seien und ihn stark beeinflusst haben. Mit der Freude über die einträgliche Zusammenarbeit der amerikanischen und deutschen Geographen sprach er nochmals seinen Dank aus. Namens der philosophischen Fakultät dankte der Dekan Prof. Dr. Gundolf dem Botschafter und betonte, daß gerade durch solche Akte am meisten dazu beigetragen werde, die Klüfte der Kriegszeit zwischen den Völkern zu überbrücken. An den Festakt schloß sich ein Essen im „Europäischen Hof“. Botschafter Sadtell, der sich auch über den Stand des Universitätsneubaus eingehend informiert hatte, reiste abends nach Berlin zurück.

### Kind aus dem 5. Stock gestürzt

Mannheim, 3. Juni. Gestern nachmittag war in dem Hause D 5, 4 das zweijährige Kind eines Passieurs in einem unbewachten Augenblick auf das Fensterraster im 5. Stock gelagerten elterlichen Wohnung gestürzt, es verlor das Gleichgewicht und stürzte auf die Straße. Es soll Lebensgefahr wegen innerer Verletzungen bestehen.

### Unterjagung aufgedeckt

Mannheim, 3. Juni. Wegen Unterschlagung von etwa 10 000 Mark wurde der stellvertretende Abteilungsleiter der Renten-Versicherung der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, R. Brändel, verhaftet. Die Unterschlagen gehen auf drei Jahre zurück und wurden durch täuschende Buchungen verdeckt.

Mannheim, 3. Juni. (Selbstmord.) Am Montag nachmittag hat sich ein 52 Jahre alter verheirateter Händler in seiner Wohnung mittels Kuchgas vergiftet. Der Mann war schon längere Zeit schwer nervenleidend. Nach hinterlassenen Briefen ist er deshalb aus dem Leben geschieden. — Am Montag mittag hat sich in Rheinau ein 50 Jahre alter Schmitt in seiner Wohnung erhängt. Der Mann hat sich den ihm dienenden Bedienten so zu Herzen genommen, daß er in letzter Zeit Spuren von Schwermut zeigte und die Tat in diesem Zustande begangen hat.

### Vorsicht bei Pilzen

Königsfeld, 3. Juni. Gestern nacht starb hier eine 43 Jahre alte Frau an Pilzvergiftung. Sie hatte die Pilze selbst gesammelt und verzehret. Ein Mann, der auch von den Pilzen genos, liegt schwer krank darnieder, befindet sich jedoch außer Lebensgefahr.

### Großfeuer im Bauland

Laubersheim, 3. Juni. In Heitheim vernichtete ein Großfeuer drei Scheunen und ein Wohnhaus trotz energischer Bekämpfung durch die Feuerwehr. Der Schaden dürfte sich auf etwa 40 000 RM. belaufen. Alle Brandbeschädigten sind versichert.

### Insult.

Schutterbach, 2. Juni. Von prächtigem Wetter begünstigt konnte gestern unsere Pfarrgemeinde die Feier der Insektur ihres neuen Pfarrherrn Dr. Gustav Banzholzer in harmonischer Weise begehen. Die ganze Gemeinde nahm an dem Fest herzlichen Anteil. Schon am Vorabend erklang eine Serenade der Vereine den neuen und uns doch so wohl bekannten Pfarrherrn, der durch seine unermüdbare und kampfmotivierten Arbeiten für die ganze Pfarrgemeinde insbesondere aber durch die Errichtung des herrlichen Gemeindehauses „St. Jakob“ schon lange zum Mittelpunkt des katholischen Lebens auch außerhalb der katholischen Kirche geworden ist. Am Festtag selbst wurde der neue Pfarrherr von den Vereinen in feierlichem Zuge zur Kirche geleitet. Der Gottesdienst wurde durch prächtige Darbietungen des Kirchenchores unter der trefflichen Stabführung des Herrn Oberlehrers Schott in schönster Weise zur erhebenden Feier der ganzen Pfarrgemeinde gestaltet. Der hochw. Herr Dekan und Geistl. Rat Kipp aus Offenburg verlas es meisterhaft nach Verlesung der Verleihungsurkunde des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs den vielen Gläubigen, welche die Kirche füllten, die Bedeutung des Priestertums als Spender von Licht, Kraft und Trost durch Pflege und Erhaltung des hl. Glaubens dargutun und der Gemeinde sowohl wie dem neuen Pfarrherrn Glück und Gottes reichsten Segen für die kommenden Arbeiten zu wünschen. Nachdem der neue Pfarrherr das Glaubensbekenntnis feierlich erneuert und das Gelöbnis unerschütterlicher Treue zur Kirche und zur Pfarrgemeinde abgelegt hatte, vollzog sich das lehrreiche Hochamt in seiner ganzen wunderbaren Gnadenkraft und in der Fülle der Schönheit der Liturgie zur Freude und zur inneren Erhebung für die ganze Pfarrgemeinde. Sowohl der Herr Vertreter der Patronatsherrlichkeit wie auch der hochw. Herr Dekan und Geistl. Rat Kipp würdigte beim anschließenden Festmahl die Bedeutung des Tages in ern-

sten und hochbedeutsamen Worten und wünschten der ganzen Pfarrgemeinde die Erhaltung des hohen Gutes der Einheit und des Friedens unter dem neuen Pfarrherrn. Nach der Bürgermeisters als Vertreter der politischen Gemeinde gab diesem Wunsch kräftigen Ausdruck. Nach mancherlei frohen und ernstlichen Reden gab auch der neue Pfarrherr diesem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, daß dem Festtage an bester Harmonie dem gemeinsamen Wirken von Pfarrhaus und Rathaus reichlichen Segen verbirgen möge. Lange schon während des Festessens hatten sich die weiten Räume des großen Festsaales gefüllt, um jung und alt zu froher weltlicher Feier zu vereinen. Reizende Darbietungen der Kleinkinderschule und sonstiger Jugend, von den Schwestern mit vieler Mühe vorbereitet, schufen reize und köstlichen Genuß. Dazu bot die Musikkapelle, die sich überhaupt in außerordentlich Weise den ganzen Tag über zur Verfügung stellte, schwungvolle Weisen und fand begeisterten Beifall. Am Abend war die große Halle des wunderbaren Festsaales zum Festabend wieder gefüllt. Wieder wurden Reden und Segenrede ausgetauscht und in liberalen anerkennenden Worten der Tätigkeit des Herrn Dr. Banzholzer, der seit vier Jahren Pfarrverweser am Orte ist, gedacht. Sowohl die Jugend mit ihren theatralischen und Reigenarbeiten als auch der Kirchenchor und Mandolinorchester füllten neben den gehaltenen Ansprachen den Abend in schönster Weise aus. Schon nahe die mitternächtliche Stunde, als der neue Pfarrherr in ehrlicher und offener Weise sein Programm als Pfarrherr der Gemeinde darlegte und alle Pfarrangehörigen um treue Mitarbeit bat. Das ist unser Wunsch am Schluß dieses Festes, daß nun St. Jakobs Geist alle eine und anspornen möge, dem großen zukünftigen treuen Erfolg zu leisten.

### Die neue Fluglinie Freiburg-Billingen-Konstanz eröffnet.

Freiburg, 3. Juni. Gestern vormittag traf von der Nordbayerischen Verkehrsflug-A.G. aus FÜRCH kommend, das Flugzeug D 1667 in Freiburg ein. Gesteuert wurde die Maschine von dem berühmten Flugkapitän Trautloff. An Bord befanden sich der Direktor der Nordbayerischen Verkehrsflug-A.G. Bronner und Herr Habereder, der der technischen Abteilung des Flugdienstes Freiburg zugewiesen wurde. Heute vormittag startete die Maschine mit vier zahlenden Gästen nach Billingen bzw. Konstanz. Zum 1. Abfluge hatte sich unter anderem Bürgermeister H. H. Freiburg eingefunden. In Billingen wurde das Flugzeug ebenso wie in Konstanz von einer stadträthlichen Abordnung begrüßt. Die Flugleitung hat auch hier Herr von Loefen. Die neue Fluglinie bildet eine Bereicherung der schon vorhandenen, die, wie aus der nachfolgenden Statistik ersichtlich ist, stark frequentiert werden.

Im Monat Mai wurde die Linie 46 (Freiburg-Stuttgart) außerordentlich gut frequentiert. Nach einer Mitteilung der Flugleitung (Herr von Loefen) wurden befördert 186 Fluggäste, 842 Kilo Gepäck und 6 Kilo Post. Außer nach Stuttgart wurden die günstigen Anschlüsse nach Halle-Weizsig und Berlin benützt. — Auch für den neuen Monat liegen für beide Strecken Freiburg-Stuttgart und Freiburg-Billingen-Konstanz schon zahlreiche Aufstellungen vor, so daß mit einer erheblichen Zunahme des Aufwertverkehrs von Freiburg aus gerechnet werden kann. Die Nordbayerische Luft allerdings Freiburg immer noch aus. Zwar passiert jetzt jeden Tag zweimal das Nordbayerische Flugzeug der Strecke 81 (Amsterdam-Wafel-Genf) Freiburg und wird gebührend bemundet. Der so dringend nötige Anschluß Nord-Süd fehlt für Freiburg jedoch immer noch.

Schwere Erkrankungen durch den Genuß verdorbener Nahrungsmittel

Mühlheim (Waden), 3. Juni. Infolge Genußes verdorbener Nahrungsmittel erkrankten vier Mitglieder der Familie des Inhabers einer Dampfwaschanstalt, Loth. in Oberweiler. Es stellten sich bei ihnen Schüttelfröhen und Schwindelbeschwerden ein, die die Ueberführung der Frau Loth ins Krankenhaus Mühlheim und des Schwiegerjöhnes, Maber, in die medizinische Universitätsklinik Freiburg notwendig machten. Maber verlor bei dem Versuch, sich am Fenster der Klinik an den Schluchbeschwerden Luft zu verschaffen, das Gleichgewicht und stürzte in den Hof, wo er mit lebensgefährlichen Verletzungen aufgefunden wurde.

## Tagungen

### Fünfte Vertretertagung der Männer-Dinzgenvereine der Erzdiözese Freiburg i. Br.

Die Abhaltung von Jahrestagungen für die badischen Dinzgenvereine hat sich sehr bewährt. Seitdem dies erstmals in Käfert (1926) zusammengekommen waren, wurden ähnliche Veranstaltungen in den darauffolgenden Jahren mit steigendem Erfolge abgehalten. So fand die 5. Vertretertagung am Sonntag, den 1. Mai 1930, in Pforzheim statt. Etwa hundert tüchtige Mitglieder des Vereins aus Pforzheim und allen übrigen badischen Ortsgruppen hatten sich eingefunden. Den Auftakt bildete für die einheimischen und auswärtigen Teilnehmer ein besondener Gottesdienst in der Darsfelder-Kirche, den in dankenswerter Weise H. H. Caritassekretär Gehrig übernommen hatte, der auch die Festansprache hielt. Nachdem inzwischen die übrigen auswärtigen Teilnehmer eingetroffen waren, begannen pünktlich um 11 Uhr die Verhandlungen im Barnardarshof (Kath. Gemeindehaus). Der Vorsitzende des Diözesanrates, Bibliotheksdirektor Uer von Freiburg, eröffnete nach dem Vereinsgebet die Tagung mit einem herzlichen Willkommenswort an die liberale zahlreich erschienenen. Er begrüßte als Vertreter des Klerus von Pforzheim H. H. Stadtpfarrer Dr. Eble, als Vertreter des Caritasverbandes H. H. Rektor Gehrig, den Generalsekretär P. Wähl vom Zentralauschuß des Dinzgenvereins in Köln, die Referenten der Tagung sowie die beiden noch lebenden Gründungsmitglieder der Dinzgenkonferenz St. Franziskus in Pforzheim. Schon zu Beginn richtete der Verammlungsleiter Worte herzlichen Dankes an alle, die zur Vorbereitung der Tagung mitgewirkt hatten, nicht zuletzt auch an die Presse und den Dinzgenverein von Pforzheim.

H. H. Stadtpfarrer Dr. Eble entbot als Vertreter des Klerus von Pforzheim der Tagung einen herzlichen Willkommenswort. Caritassekretär Gehrig überbrachte, zugleich auch in Vertretung des dienlich verhandelnden Caritasdirektors Ebert, der sich telegraphisch in letzter Stunde entschuldigte, die Grüße des Caritasverbandes. Herr P. Wähl sprach für den Zentralauschuß des gesamten Dinzgenvereins Deutschlands.

Es folgte dann eine knappe Jahresübersicht, wobei der Verammlungsleiter besonders des Jubiläums der Pforzheimer Konferenz gedachte, auch der Mitglieder, die dort und in anderen badischen Ortsgruppen im Berichtsjahre gestorben sind. Er verlas weiter ein aner-

kenndes Schreiben des Erzbischoflichen Ordinariates, das die Gründung neuer Konferenzen begrüßt. Erfreulich ist die Tatsache, daß fünf Neugründungen von Konferenzen im Jahre 1929 zu verzeichnen sind, und zwar in Adern, Heidelberg, Singen, Karlsruhe und Freiburg. In den beiden letztgenannten Städten kam es an den Fortbildungsanstalten zu solchen Neugründungen. Nähere Mitteilungen wurden gemacht über die Veranstaltungen des Dinzgenvereins gelegentlich des Freiburger Katholikentages, der sich auch für den Verein fruchtbar auswirkte.

Der verdiente Geschäftsführer des Dinzgenvereins, Dr. Dege aus Freiburg, erstattete sodann den erfreulichen Tätigkeitsbericht, auf dessen Inhalt hier wegen Raummangels nicht näher eingegangen werden kann. Die Zahl der tätigen Mitglieder beträgt 410 und hat sich im Berichtsjahre um 58 erhöht. Die 36 Konferenzen zählen insgesamt 2460 Beiträger leistende Teilnehmer, 552 mehr als im Vorjahre, während die Zahl der Wohltäter mit einmaliger Gabe auf 151 zurückgegangen ist. Insgesamt wurden 877 Arbeitsstunden abgehalten und 551 Personen unterführt, 1100 mehr als im Vorjahre. Für diese wurden insgesamt 48 909 RM. aus Vereinsmitteln aufgebracht.

Nach einer kurzen Ansprache und einer einständigen Mittagspause begannen die Nachmittagsversammlungen pünktlich halb 3 Uhr. Das erste Referat erstattete Caritassekretär Gehrig aus Pforzheim über die Frage: Die Form der Dinzgenbrüder in der katholischen Wanderversicherung mitarbeiten? Im zweiten Vortrag behandelte Dr. med. Wilhelm Franz, Affizienzarzt der Frauenklinik in Freiburg i. Br., das schwierige Gebiet der ärztlichen „Cheberatung“. Im letzten Vortrag legte Hilfschulhaupflehrer Paul Bordes aus Karlsruhe seine beruflichen Erfahrungen über „Das Hilfschulkind und seine Fürsorge“ dar. Alle drei Referenten fanden für ihre liberale lehrreichen Darbietungen dankbaren Beifall, und es wurde der Wunsch laut, die Referate in der Vereinszeitschrift auch den übrigen Mitgliedern zugänglich zu machen. Am Schluß der Versammlung sprach der Diözesanleiter allen Anwesenden, insbesondere den Referenten und den Diskussionsrednern, der Gesellschaft, als deren Vertreter am Nachmittag noch der Dekan des Kapitels Pforzheim, H. H. Pfarrer Gehrig von Neuhausen, das Wort ergreifen hatte, und besonders dem vorbereitenden Ausschuss im Namen aller Anwesenden herzlichen Dank und Anerkennung aus. Die Verhandlungen wurden Freitag nach 3 Uhr geschlossen. Die nächstjährige Tagung wird am Sonntag nach Christi Himmelfahrt in Bühl stattfinden.

### Durlach-Aus, 3. Juni. (Kriegsbeschädigten-Fahrt.)

Die hiesige Vereinigung der Kriegsbeschädigten usw. veranstaltete am Himmelfahrtstag eine Autofahrt für ihre schwerkriegsbeschädigten Kameraden. Hierzu hatten in anerkennenswerter Weise einige Autobesitzer von hier ihre Wagen kostenlos zur Verfügung gestellt. Bei günstiger Witterung ging es in froher Fahrt über den Rhein nach der schönen Pfalz zur Ludwigshöhe. Nach einer Pause im Rosengarten bei der Ludwigshöhe ging es weiter nach Edenkoben zum Mittagessen. Die Ansprache hielt der 1. Vorsitzende Kamerad Heinrich W. r. u. e. Er würdigte das Entgegenkommen der Herren Autobesitzer und führte den Teilnehmern den Zweck der Fahrt vor Augen. Kamerad Friedrich Kirchenmann dankte namens der Parteimitglieder für das Zustandekommen der schönen Pfalzfahrt, insbesondere auch dem 1. Vorsitzenden, der dieses Jahr wiederum einen herrlichen Ausflugsort gewählt hatte. Bald darauf wurde die Rückfahrt angetreten, so daß die Teilnehmer in froher Stimmung und ohne Zwischenfall wieder nach Hause kamen.

Bruchsal, 3. Juni. Der Gesamtverband der Vereinigung des Path. selbständigen Mittelstandes in Baden, Ortsgruppe Karlsruhe, besuchte am Sonntag die Ortsgruppe Bruchsal. Bei schönem Wetter sind die Karlsruher mit ihren Angehörigen mit der Reichsbahn nach Untergrombach gefahren, um von da zu Fuß über den Michaelsberg nach Bruchsal zu pilgern. In Bruchsal wurden die Karlsruher vom Vorsitzenden der Bruchsaler Vereinigung, Herrn Schmiedmeiste Köfer herzlich begrüßt und nach einer kurzen Stärkung wurde der Marsch zu einer Besichtigung der Stadt mit ihren Sehenswürdigkeiten angetreten. Abends vereinigten sich die Bruchsaler mit den Karlsruher Mittelständlern im „Wolf“, Herr Ambrust-Karlsruhe begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Bruchsaler Freunde. Der Abend wurde verschönt durch die Kofaldichterin „Babet“. Fr. Jhle kennt anscheinend die Nöten des Mittelstandes, denn sie hatte fast für jeden Berufsstand einige passende Worte. Wir wollen nur wünschen, daß das Sprichwort vom „goldenen Boden“ bald wieder wahr sein wird. Die Musik hat den lebhaftesten Beifall aller Karlsruher gefunden. Herr Sommer-Karlsruhe dankte am Schluß allen Mitwirkenden für die frohen Stunden.

Walsch, 3. Juni. (50jähriges Dienstjubiläum.) Am heutigen Tage feiert Frau Katharina Weidner geb. Nitemann ihr 50jähriges Dienstjubiläum als Gemeindehebamme. Sie feiert jetzt im 70. Lebensjahre und kann noch in voller Mäßigkeit ihre Berufstätigkeit versehen.

Steinsfurt, 3. Juni. (Autounfall.) Bei einem Zusammenstoß von einem Auto und einem Motorrad wurde das Motorrad zur Seite geschleudert und die auf ihm Sitzenden, ein Mann und eine Frau, erheblich verletzt. Beide mußten sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden. Das Motorrad ist vollständig zertrümmert.

Schluchtern, 3. Juni. (40jähriges Dienstjubiläum.) Sein 40jähriges Dienstjubiläum kann morgen Pfarrer Hofe hier in geistiger und körperlicher Frische begehen. Der Geistliche steht hier in bestem Ansehen und erfreut sich allgemeiner Beliebtheit. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Vikar an verschiedenen Stellen war Hofe von 1892-1902 als Stadtpfarrer in Redarbischofsheim, 1902-1908 als Pfarrer in Würm bei Pforzheim und von 1908-1920 in Weitenau-Schluchtern. Seit 1920 wirkt der Jubilar am hiesigen Platze.

Schwellingen, 3. Juni. (Ungetreuer Beamter.) Bei der hiesigen Stadtkasse ließ sich ein Beamter größere Unterschlagungen aufschreiben kommen. Man spricht von 6000 Mark. Der ungetreue Beamte ist flüchtig.

Sinsheim, 3. Juni. (Ein Jubiläum.) Der Kirchendiener der katholischen Gemeinde, Julius Baumann, konnte hier gleichzeitig sein 40jähriges Ehejubiläum und 35jähriges Dienstjubiläum als Kirchendiener begehen. Aus diesem Anlaß wurden ihm zahlreiche Ehrungen zuteil.

Singen a. S., 3. Juni. (Sich selbst erschossen.) Dem Metzgermeister Karl Zunftmeier in Siggelingen ist beim Ausschneiden des Messer ausgeglitten. Er durchbohrte sich das Bauchfell, wobei er schwer innere Verletzungen erlitt, die eine sofortige Operation im Raddoljeller Krankenhaus notwendig machte.

# HANDEL - WIRTSCHAFT - VERKEHR

## Mangelnder Gläubigerschutz

Wie viele akute, eine baldige Lösung erheischende Probleme sich aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise ergeben haben, läßt der soeben veröffentlichte Jahresbericht des Verbandes der Vereine Creditreform erkennen. Sein Bestreben ist im vergangenen Jahr ganz besonders darauf gerichtet gewesen, durch eine planmäßige Sanierung des Kreditwesens die Grundlagen unserer Wirtschaft wieder zu festigen. In einem unendlich reichhaltigen Material aus den geschäftlichen Erfahrungen seiner 80 000 Mitglieder verfügt der Verband der Vereine Creditreform über das beste Rüstzeug in dieser Beziehung.

Der Zusammenbruch zahlloser, allerdings meist schon kernfester Firmen in der letzten Zeit hat gezeigt, wie wichtig es ist, daß der Kreditgeber sich rechtzeitig durch eine Auskunft von der Kreditwürdigkeit eines Unternehmens überzeugt. Durch verlässliche Auskünfte können der Wirtschaft jährlich Millionen erhalten werden.

Wenn in dem Jahresbericht von einem

### Bankrott des Vollstreckungswesens

die Rede ist und davon, daß die ins Unendliche gewachsenen Sicherungsübereignungen und Eigentumsvorbehalte die geschäftliche Lage vieler Firmen bedenklich verschleiern, so ergeben sich daraus folgerichtigerweise die Forderungen nach einer Reform des Offenbarungseides und einer immer wieder verlangten Publizität des Registerpfandrecht, vor allem aber eine Reform des Vergleichsverfahrens. Auf Grund der Tatsache, daß die Zahl der Konkurse sich gegen 1927 verdoppelt hat, die gerichtlichen Vergleiche aber auf das Vierfache gestiegen sind, wird es hier zum erstenmal von fachmännischer Seite ausgesprochen, daß sich neuerdings eine bedeutsame

### Kräfteverschiebung vom Gläubiger zum Schuldner

vollzogen habe. Ist nämlich das Konkursverfahren eine Einrichtung zur wirtschaftlichen Ausschaltung des Schuldners und wird der Konkurs daher praktisch nur auf Betreiben der Gläubiger eröffnet, so dient das Vergleichsverfahren umgekehrt der

Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz und findet seine Grundlage daher in dem Antrage nur des Schuldners. Heute werde die Mehrzahl der angebotenen Vergleiche angenommen, ohne zu prüfen, ob der Schuldner überhaupt vergleichsbedürftig sei, und weil man fürchte, aus einem Konkurs erst nach Jahren einen Bruchteil der Forderungen zu erhalten. Damit sei der Schuldner der Stärkere geworden. Unsolide Firmen sanieren sich oft mehrmals auf Kosten der Gläubiger, auf Grund eines unzureichend gewordenen Vergleichsrechtes, das infolgedessen dringend einer Reform bedarf.

Zu der Ueberspannung der heutigen

### Steuerpraxis

macht der Verband beachtenswerte Vorschläge. So vertritt er die Forderung, daß der Unternehmer Anspruch darauf haben müsse, Abschreibungen zu machen, die die Wertabgänge völlig berücksichtigen, damit nicht fälschlich hohe Werte konstruiert werden, die dann als Grundlage der Besteuerung dienen. Weiter wird auf einen sehr bedenklichen Mißstand bei der Erörterung des Themas „Geheime Steuerschulden“ aufmerksam gemacht. Die Steuerbehörde tritt bei Konkursen oft mit erstaunlich hohen rückständigen Steuerforderungen hervor, da sie weiß, daß sie bei der heutigen Konkursordnung unter allen Umständen befriedigt wird. Hätte sie dieses Vorrecht nicht, — und es wird vorgeschlagen, Steuerrückstände, die älter sind als ein halbes Jahr, künftig unberücksichtigt zu lassen — so würde sie sich bei Zeiten wie jeder andere Gläubiger gemeldet und den Konkurs herbeigeführt haben. So aber liefern Gläubiger eines schon überfälligen Unternehmens ihre Waren eigentlich direkt der Steuerbehörde in die Hand. In Amerika werden Steuerrückstände durch öffentlich ausgelegte Listen bekannt, ebenso besteht eine Publizität der Steuerleistungen. Wieweit sich für deutsche Verhältnisse eine ähnliche Praxis empfiehlt, wird Gegenstand eingehender Erörterungen sein müssen. Einen Schritt vorwärts in dieser Richtung bedeutet die von den Handelsredakteuren der deutschen Presse bei Besprechung einer Reform des Aktienrechtes erhobene Forderung einer größeren Publizität der Steuerleistungen der Aktiengesellschaften.

## Rationalisierung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen

Nach vollzogener Zusammenlegung der Spitzenverbände Karlsruhe und Freiburg zu einer genossenschaftlichen Einheitsorganisation des Landes Baden vollziehen sich nun auch draußen auf dem Lande die Zusammenlegungen doppelter örtlicher Warengenossenschaften. So konnten in letzter Zeit nachfolgende Verschmelzungen in Mittelbaden endgültig vollzogen werden:

Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft und Bezugs- und Absatzgenossenschaft des B. V. Ellmendingen; Landw. Bezugs- und Absatzverein und Bezugs- und Absatzgenossenschaft des B. V. Heildelsheim; Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft und Bezugs- und Absatzgenossenschaft des B. V. Kleinsteinbach; Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft und Bezugs- und Absatzgenossenschaft des B. V. Bilfingen; Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft und Bezugs- und Absatzgenossenschaft des B. V. Singen bei Wilferdingen; Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Oberacker; Bäuerliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft und Bezugs- und Absatzgenossenschaft des B. V. Münzesheim.

Bei diesen Zusammenlegungen gilt jeweils die erstgenannte Genossenschaft als die übernehmende und künftige landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaft in den betreffenden Gemeinden. Auch in Büchenau konnte eine Vereinheitlichung durchgeführt werden, indem der freie Ortsverein Büchenau seine Warenvermittlung zu Gunsten der Bäuerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft Büchenau einstellte, und letztere die Firmenbezeichnung in Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Büchenau änderte und damit ebenfalls als Einheitsorganisation gilt.

Bei sämtlichen Versammlungen auf welchen als Vertreter des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden Verbandsrevisor und Bezirksleiter Schaber das einschlägige Referat hielt, waren die Anwesenden von dem ersten Willen beseelt, mit aller Kraft zur Vereinheitlichung beizutragen.

Weitere Doppelorganisationen in verschiedenen Gemeinden sind gegenwärtig mit Beratungen zum Zwecke der Vereinheitlichung beschäftigt. Mögen diese Zusammenlegungen der doppelten Warengenossenschaften zu einer örtlichen Einheitsgenossenschaft und die damit zustande kommende Einigkeit des bäuerlichen und ländlichen Berufsstandes auf wirtschaftlichem Gebiete von recht großer Dauer sein, streng getrennt von allen parteipolitischen und konfessionellen Anschauungen im wirtschaftlichen Interesse der ländlichen Bevölkerung.

Nürnberg (plus 3 Prozent) zu verzeichnen. Das Niveau lag ca. 1 Prozent unter Anfang. Anleihen leicht nachgebend, Ausländer geschäftlos, Mexikaner schwankend. Pfandbriefe ruhig, aber nicht unfreundlich. Reichsschuldbuchforderungen eher etwas freundlicher.

Frankfurt a. M., 3. Juni. Die Abendbörse lag infolge des anhaltenden Mangels an Aufträgen und sonstigen Anregungen wieder fast vollkommen geschäftlos. Die wenigen Kurse, die zustande kamen, wiesen gegenüber dem Berliner Schluß kaum Veränderungen auf. Bemerkenswert war, daß I. G. Farben trotz der bevorstehenden Generalversammlung bis 17,50 Uhr nicht zur Notiz gebracht werden konnte. Von Anleihen gaben Schutzgebiete leicht nach. Der französische Franc wurde amtlich 16,435 notiert.

## Warenmärkte

Berliner Produktbörse vom 3. Juni. Weizen, märk. 304 bis 305, Juli 310—309,50, Sept. 270—269,50, Okt. 271—269,50, Roggen, märk. 172—177, Juli 176—175,50, Sept. 179—178, Okt. 181—180,50, Ind- und Futtergerste 165—180, Hafer, märk. 142 bis 152, Juli 150,50—148,50, Sept. 154, Weizenmehl 83—41,25, Roggenmehl 21,75—25, Weizenkleie 7,75—8,25, Roggenkleie 8 bis 8,50, Viktorierbrenn 24—29, Kleine Speiserbrenn 21—25, Futtererbrenn 18—19, Pelusken 17—18, Ackerbohnen 15,50—17, Wicken 19—21,50, Lupinen, blaue 16—17,50, dito, gelbe 21,50 bis 24, Rapskuchen 11,50—12,50, Leinkuchen 16,50—17, Trockenschrot 8—8,90, Soyaextraktionsschrot 13—14, Kartoffelflocken 12,10—12,50, drahtgepreßtes Roggenstroh 1—1,20, dito, Weizenstroh 0,85—1,10, gebundenes Roggenstroh 0,90 bis 1,15, bindfadengepr. Roggenstroh 0,80—1,00, dito Weizenstroh 0,70—0,85, Häcksel 1,60—1,75, handelsüb. Heu, ges. trocken 1,40—1,60, gutes Heu (erster Schnitt) 2—2,80, Thymotee, lose 3—3,80, Kleehau, lose 3—3,80, drahtgepr. Heu in Pig. über Notiz 40.

Berliner Metallbörse vom 3. Juni. Elektrolytkupfer 124, Raffinadekupfer, loco 114—115, Standardkupfer, loco 104,50 bis 105, Standard-Blei per Juni 85,25—85,75, Original-Hütten-Aluminium 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 54—56, Silber in Barren ca. 1000, fein per kg 51—53, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 5—7.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 2. Juni. Aufgetrieben waren 487 Tiere und zwar: 4 Ochsen, 4 Kühe, 50 Rinder, 19 Ferkel, 61 Kälber, 349 Schweine. Marktverlauf: Großvieh langsam, Kleinvieh mäßig belebt. Ueberstand: 3 Stück Großvieh, 14 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a) 52—54, b) 48—53, Ferkel a) 52, b) und c) 50—48, Kühe b) und c) 40—25, Rinder a) 54—57, b) 51—53, Kälber b) 84—88, c) 77—82, Schweine b), c) und d) 67—60. Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

## Wirtschaftsschau

### Hundert Millionen Reichsmark für die BIZ.

Die Einlage, die die Reichsregierung an die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich zu entrichten hat, ist, wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, heute bei der BIZ. geleistet worden. Die Einlage soll — unverzinslich — 50 Prozent des Durchschnitts Guthabens der Reparationsgläubiger betragen, 100 Mill. RM. aber nicht übersteigen. Da die Mindesteinlage, welche die Gläubiger zu entrichten haben, nach der Anlage 8 des Haager Abkommens 125 Mill. RM. beträgt, hatte man in Berlin mit einer Einlagepflicht von etwa 50—65 Mill. gerechnet und dementsprechend im neuen Etat einen Betrag von 65 Mill. reserviert, allerdings mit dem Vorbehalt, daß er je nach den tatsächlichen Erfordernissen auch erhöht werden könne. Da der Generalrat, wie sich aus seinen letzten Abrechnungen ergab, im Monat Mai offenbar auf einen besonders hohen Saldo Gewicht legte, hat der monatliche Durchschnittsbetrag rund 205 Mill. RM. erreicht. Infolgedessen hatte die Reichsregierung heute nicht 65, sondern volle 100 Mill. RM. als Einlage an die BIZ. zu zahlen. In den kommenden Monaten wird die deutsche Einlage auf den halben Durchschnittsbetrag der Gläubigerguthaben in den vorausgehenden Monaten abgestimmt, und man erwartet, daß dann ein Teil der heute bezahlten Einlage wieder an das Reich zurückfließen werde, weil sich die Treuhänderguthaben senken werden, sobald die BIZ. ihre volle Tätigkeit aufgenommen hat. Immerhin war es für die Reichsregierung keine angenehme Ueberraschung, daß sie statt der erwarteten 65 Mill. nunmehr für eine Zeitlang 100 Mill. RM. zu zahlen hatte.

### Beilegung des oberbadischen Textilarbeiterstreiks

Bekanntlich war am 28. April 1930 in dem Betrieb Maulburg der Spinn- und Weberei Steinen A.-G. ein Teilstreik ausgebrochen, der zum Erliegen des gesamten Betriebes führte. Es waren die Zettlerinnen und Spulerrinnen, sowie die Automatenweber in Streik getreten. Auf Veranlassung des Bürgermeisters von Steinen wurde von Amts wegen ein Schlichtungsverfahren eröffnet. In diesem Verfahren kam gestern nach langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung der Parteien zustande, nach der der Streik sofort abgebrochen und die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird. Die gesamte Belegschaft soll im Betrieb wieder aufgenommen werden, Maßregelungen unterbleiben. Für die Spulerrinnen und Zettlerinnen legt die Vereinbarung die am 2. Juni 1929 geltenden Akkordsätze zu den damaligen Arbeitsbedingungen zugrunde, während der Akkordlohnabbau bei den Automatenwebern in Stufen vorgenommen werden soll. Diese erhalten für die nächsten zwei Zahltage den Akkordsatz von 0,64, für die darauf folgenden zwei Zahltage 0,62 und von da ab 0,60. Die Arbeitsaufnahme erfolgt nach technischer Leistungsmöglichkeit.

Ungünstige Aussichten im Konkurs der Bankfirma Bürkle, Freiburg. Der Termin zur endgültigen Prüfung der angemeldeten Forderungen wurde auf Antrag der Konkursverwaltung, der vom Gläubigerausschuß unterstützt wurde, auf den 14. Juli vertagt. Die Aussichten des Konkurses werden als nicht günstig bezeichnet; immerhin kommt eine Einstellung wegen Mangels an Masse nicht mehr in Frage. Die mutmaßliche Quote wird sich um etwa 5 bis 7 Prozent bewegen. Die Effektläubiger, soweit die betreffenden Depots nicht unterschlagen wurden, können mit dem dritten bis vierten Teil ihrer Forderungen abgefunden werden. Der nächste Prüfungstermin soll mit einer Zwischenrichterstattung für alle Gläubiger verbunden werden.

### Berliner Devisennotierungen Geldkurse

	2. 6.	3. 6.		2. 6.	3. 6.
Buenos-Aires	1.587	1.585	Italien	21,83	21,925
Kanada	4.183	4.182	Jugoslawien	7.383	7.390
Japan	2.071	2.070	Kaunas	41,81	41,81
Rio de Janeiro	0.4845	0.484	Kopenhagen	111,89	112,00
Kairo	20,885	20,885	Lissabon	18,80	18,83
Konstantinopel	—	—	Oslo	111,89	112,01
London	20,34	20,338	Paris	16,41	16,41
New York	4.1885	4.1875	Prag	12,415	12,418
Rio de Janeiro	0.4845	0.484	Reykjavik	91,88	91,88
Uruguay	3,776	3,776	Riga	80,64	80,58
Amsterdam	188,34	188,32	Schwiz	80,88	81,00
Athen	5,42	5,42	Soña	3,635	3,635
Brüssel	58,41	58,405	Spanien	50,87	50,87
Bukarest	2,488	2,488	Stockholm	112,31	112,31
Budapest	73,15	73,15	Tallinn	111,43	111,43
Danzig	81,38	81,35	Wien	59,065	59,05
Helsingfors	10,538	10,537			

### Die Kapitalherabsetzung bei Tonwaren Wiesloch.

In der gestrigen Generalversammlung kam es zu einer Einigung zwischen Verwaltung und der Opposition, wonach das Aktienkapital nicht im Verhältnis 2:1 sondern 10:7 herabgesetzt wird, d. h. das Aktienkapital wird von 1,97 auf 1,34 Mill. vermindert. Der Aufsichtsratsvorsitzende wies im weiteren Verlauf der Versammlung auf die ungünstigen Verhältnisse des Baumarktes und den ebensowenig günstigen Verlauf des Geschäftsjahres 1929 hin, das bekanntlich nur einen Reingewinn von 2852 RM. gebracht habe. Von der Verwaltung wurde noch mitgeteilt, daß die vor einigen Jahren zum Teil neugeschaffenen Einrichtungen der Wieslocher Fabrik in den letzten Jahren wieder ein wenig veraltet seien. Es sollen jetzt neue Aufbereitungsmethoden eingeführt werden und die Trocknungseinrichtung wird ebenfalls modernisiert werden. Man wird sich hier die Erfahrungen des neuen Großaktionärs Dr. Ludovici zu nutze machen, der kürzlich eine Studienreise durch Nordamerika gemacht hat, um die wichtigsten Fabrikationsmethoden kennen zu lernen.

Deutsche Steinzeugwaren Friedrichsfeld. — Wieder 15 Prozent Dividende. Der A.-R. der Deutschen Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und chemischen Industrie in Friedrichsfeld (Baden) schlägt der G.-V. (28. Juni) wieder 15 Prozent Dividende auf RM. 4 275 000 St.-A. vor.

Mannheimer Gewerbank e. G. m. b. H. in Mannheim. Der Gesamtverlust beträgt einschl. 680 768 RM. Verlustvortrag aus dem Vorjahr 1 115 000 RM. Nach Abzug von 150 000 RM. Regreßverpflichtungen des alten Aufsichtsrats und nach Höherbewertung von Aktivposten ermäßigt sich dieser Verlust auf 892 427 RM., so daß 95 Prozent der inzwischen voll eingezahlten Geschäftsanteil-Guthaben abgeschrieben werden müssen.

## Börsen

Berlin, 3. Juni. Zu Beginn des offiziellen Verkehrs kam auf einigen Marktgebieten doch etwas mehr Material heraus, als man ursprünglich erwartet hatte. Der Ultimoausweis der Reichsbank mit seiner anormalen Anspannung um 572,9 Mill. soll in Börsenkreisen etwas Abgelenkung ausgelöst haben. Anregende Momente, wie z. B. der Goldkauf durch die Bank von England, traten mehr in den Hintergrund. Im Allgemeinen hielten sich die Rückgänge im Rahmen von 1—2 Prozent. Schultheiß verloren 3/4 Prozent. Größeren Verlust hatten Julius Berger (8 Prozent), während AG. f. Verkehrswesen auf die Meldung von größeren Verlusten zunächst minus notiert wurden, um später 5/8 Prozent unter Vortagschluß festgesetzt zu werden. Zu erwähnen wäre noch die Schwäche der Schiffahrtswerte, die aber nicht über den üblichen Rahmen hinausgingen. Sonderbewegungen nach oben waren bei Thüringer Gas (plus 1/2 Prozent), Augsburg-

## Berliner Effektenkurse

	31. 5.	3. 6.		31. 5.	3. 6.
Ablösg. m. Ausl. Kl.	59,25	58 1/2	Deutsche Linoleum	238,25	231,00
Ablösg. ohne Ausl.	11,00	10,50	Dyckerhoff & W.	115,00	115,00
6 % Reichsanleihe	88,25	88,25	Elektr. Licht u. Kraft	188,00	181,00
6 % B.-Staatsanl. v. 27	84,25	84,00	Elektr. Lieferungen	157,50	153,00
Hapag	112 1/2	108,75	Eschweiler Bergwerk	214,00	—
Hamburg-Südamerika	—	174,00	Farbenindustrie	189,00	184,50
Hansa Dampfsch.	182,50	—	Feldmühle	188,00	182,50
Nordd. Lloyd	113,00	108,50	Felten & Guillaume	125,00	118,00
Danabank	232,50	229,00	Genosch & Co.	70,00	69,00
Deutsche Bk.-Diskonto	140,50	140,00	Gelsenkirchen	137,25	138,25
Dresdner Bank	141,00	140,00	Gestirrel	185,50	183,00
Metallbank	123,00	119,50	Gritzner	36,50	35,00
Reichsbank	295,75	293,25	Grün & Bilfinger	179,00	179,25
Akkumulatoren	138,00	—	Hammensen	115,00	111,50
A. E. G.	187,75	185,00	Harpener	123,50	128,00
Aschaffenburg-Papier	138,00	137,25	Hirsch Kupfer	—	138,00
Augsburg-Nürnberg	78,50	83,50	Holzmann	100,25	101 1/2
Bamberger	115,00	108,00	Hösch Eisen	106,75	104,75
Berger Tiefbau	343,00	325,00	Max Jüdel	122,25	119,00
Berlin-Karlsruher	68,50	70,00	Gebr. Junghans	41,25	41,75
Brown-Boveri	125,00	122,50	Kali Ascherleben	229,25	220,50
Buderus	77,00	75,00	Karstadt	132,25	131 1/2
Charlottenbg.-Wasser	103,00	101,50	Knorr Heilbronn	186,00	187,50
Daimler	39,00	39,00	Kollmar & Jourdan	34,00	33,50
Dessauer Gas	167,00	163,25	Lahmeyer	189,25	189,75
Deutsche Erdöl	100,00	97,50	Laurahütte	45,00	41 1/2
Deutsche Petroleum	55,50	55,00	Lindes Eismaschinen	167,00	166,00
			Mannesmann	107,75	107,25
			Mechanische Linden	81,00	80,00
			Miag Mühlenbau	118,50	117,50
			Motoren Deutz	70,75	70,50
			Nordd. Wolle	89,50	85,50
			Oberbedarf	—	70,00
			Oberkoks	—	119,00
			Orenstein	—	84 1/2
			Ostwerke	—	272,00
			Phönix	—	89 1/2
			Polyphon	—	298,00
			Rhein. Braunkohle	—	237,25
			Rhein Stahl	—	117,50
			Rh. W. Elektr.	—	180,00
			Riebeck Montan	—	111 1/2
			Schubert & Salzer	—	230,50
			Schuckert	—	185,00
			Schulth. Patzenh.	—	325,00
			Siemens & Halske	—	252,00
			Sinner	—	108,00
			Stolberger Zink	—	104,00
			Stöhr Kammgarn	—	164,00
			Südd. Zucker	—	189,75
			Svenska	—	328,50
			Ver. Dt. Nickel	—	154,75
			Ver. Glanzstoff	—	131,00
			Ver. Stahlw.	—	86,75
			Voigt & Häffner	—	182,50
			Wanderer	—	50,00
			Ways & Freitag	—	95,00
			Westeregeln	—	233,50
			Wieslocher Ton	—	178,00
			Zellstoff Waldhof	—	158,00
			Bay. Motoren	—	82,50
			Rhein-Elektra	—	148,00



ihn der Voranschlag enthält (61.000 Mark) und ersucht um Aus-

Stadtv. Koch (Soz.): Trotz Kapitalnot ist viel Kapital ver-

zu der Position städtische Betriebe, deren Beamten und Arbeiter

Stadtv. Richter (Vulach) beklagt sich über eine Zurück-

Bürgermeister Sauer weist den Vorwurf der Zurücksetzung

Gier wird 8 1/4 Uhr abgebrochen. Weiterberatung morgen

# Schwarzbrenner vor Gericht

## Die aufgehobene Brennerie in der Artilleriekaserne — Die Vernehmung der Angeklagten

Wie seinerzeit berichtet, wurde durch die Zollfahndungsstelle

Gestern begann vor dem erweiterten Schöffengericht unter

Die Anklage legt dem Angeklagten Emil K. zur Last, daß

von 38 841 Litern Weingeist, die nicht angemeldet

Emil K. gibt bei seiner Vernehmung an, daß er bei der als

Emil Sch. verurteilt sich als den Harmlosen hinzustellen.

Der Angeklagte, Zollassistent H., hat seit 1921 Beamten-

Nach nahezu dreizehnstündiger Verhandlung sprach das Schöf-

### Urteil:

Es werden verurteilt: Der Angeklagte K. zu 100 010 Mark Geld-

Der Antrag des Verteidigers, den Haftbefehl gegen H. auf-

## Achtung! Die Anzug-Sonder-Angebote

in 6 Einheitspreislagen  
Mk. 44.- 54.- 64.- 74.- 84.- 102.-  
sind bis inkl. Pfingstamstag verlängert.

## Konfektionshaus HANSA

Kaiserstr. 50 Inh.: L. Wolf Ecke Adlerstr.  
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

### Karlsruher Ständebuch-Auszüge

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 1. Juni: Maria Schuler,

## ALTSCHÜLERS BILIGES PFINGSTANGEBOT

**Für die Dame!**  
Fein. Yokohama-  
Sp. schuhe mit hohen  
und nied. Absätzen Mk. 3.95

**Für den Herrn!**  
Elegante schwarze u.  
braune Rindbox-H-  
Schuhe, gute  
Qualität, weiß  
gedoppelt Mk. 9.90

**Für das Kind!**  
Reiz. Lackspangenschuhe,  
der Stolz des Kindes  
von Mk. 3.95 an  
Entdeck. braune und  
feinfarb. Spangenschuhe  
von Mk. 3.50 an

# ALTSCHÜLER

Karlsruhe  
Kaiserstraße 118 Schützenstraße 50

## Pianos

Winkel & Lechmeister  
Päpstl. Hoflieferant

Tomfelle - Haltbarst  
Preis - Zahlungswese  
einzigartig!

Nur bei  
**H. Maurer**  
Kaiserstr. 176  
Ecke Hirschstr.

## Rucksäcke

**Brotbeutel**  
**Tornister**  
**Sportgürtel**  
**Geschw. Lämmle**  
Kronenstr. 51

## Schlafzimmer

empf. von W. 325.- an  
**Hain & Künzler**  
Waldfir. 6  
Zu Weingarten:  
Söllingerstraße 11

**PORPHYRWERK**  
**DOSENHEIM**  
HANS VÄTTER  
KUNSTGESAMLEITER  
UNTER AUFSEHER  
HEBENMARKT  
ERSTKLASSIGES  
STRASSENBAU-  
MATERIAL

## Damen Herren - Schuhe

Erstklassiges Material  
Hervorragende Passform  
Viele Modelle

**Sandfarben mit Mode-Garnitur**

**Sandfarben Chevreaux, eleg. Form**

**Braun Boxcall schön. Straßenschuh**

**Schwarz Chevreaux mit Lack-Garnitur**

**Rotbraun Boxcall H.-Halbschuhe**

**D.-Spangenschuhe**  
braun, R. Chevreaux, ameriken.  
Absatz ..... 7.90

**D.-Spangenschuhe**  
feinfarb. u. Lack, verschiedene  
Ausführungen ..... 8.90

**H. Tourenstiefel**  
schwarz und braun, fester  
Strapazierstiefel ..... 12.50

**Mahagoni Boxcall H.-Halbschuhe**  
neueste Form

**Jedes Paar 16.50**

# HERMANN TIETZ

KARLSRUHE



